

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Beitrags-
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Sonntage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für
 vollstehende und gemischthaltige Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleiner Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 8. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Ein Meisterstück Posadowskys.

Noch später als je zuvor sind diesmal dem Reichstag vom Reichsamt des Innern die Berichte über die Gewerbe-Aufsicht im Deutschen Reich vorgelegt worden; erst Ende November 1900 gelangten die Berichte für 1899 zur Ausgabe! Das ist um so widersinniger, als es üblich ist, im Januar des auf die Herausgabe folgenden Jahres die Berichte im Reichstage zu besprechen; mithin bleibt eine viel zu kurze Zeit zur Durcharbeitung, namentlich diesmal, wo zum erstenmal die Berichte der einzelnen Länder im Originalabdruck vorgelegt werden und nicht wie früher in einem vom Reichsamt des Innern verfertigten Auszuge.

Doch die Originalberichte vorgelegt werden, entspricht einem von unserer Seite in der Presse wie im Reichstage geäußerten Wunsche, der dadurch notwendig wurde, daß die Zusammenstellung, die das Reichsamt des Innern vornahm, an bedenklicher Einseitigkeit der Berichterstattung — zu Gunsten der Unternehmer litt. Obwohl Graf Posadowsky stets beteuerte, daß die Zusammenstellung ganz objektiv vorgenommen würde, zeigte sie doch auffallende Lücken, bald indem irgend eine wichtige, die Unternehmer kompromittierende Thatsache oder ein Urteil der Beamten, das zu Gunsten der Arbeiterorganisationen und dergleichen sprach, weggelassen war — aus Versehen natürlich! Ferner wurden die Auszüge aus den Originalberichten unter Posadowskys Regiment immer länger und kürzer, denn während der letzte Auszug unter dem Staatssekretär Vötticher noch 722 Seiten umfaßt hatte, war der von Graf Posadowsky vorgelegte letzte Auszug nur 288 Seiten stark! Dabei waren die Originalberichte von Jahr zu Jahr umfangreicher geworden!

Als nun am 10. Januar 1900 Graf Posadowsky deshalb von unseren Fraktionsrednern zur Rede gestellt wurde, erklärte er, daß er beabsichtige, um den „Verdächtigungen“ — die ihm übrigens als völlig gültig bewiesen wurden — für die Zukunft entgegenzutreten, sämtliche Einzelberichte der Bundesstaaten von Reichswegen drucken und dem Reichstage vorlegen zu lassen.

Das ist nun diesmal geschehen: 4 dicke Bände von insgesamt 8831 Seiten und 1 Registerband von 143 Seiten sind den Reichstags-Abgeordneten zugesandt worden. Damit ist insofern eine Verbesserung des bisherigen Zustands geschaffen, als nun endlich zum erstenmal überhaupt die Berichte sämtlicher Aufsichtsbeamten im Buchhandel zu erhalten sind, während bisher eine Reihe Einzelstaaten die Berichte nur als Beilagen zu Amtsblättern und dergleichen veröffentlichten.

Das ist aber auch alles, was an der Neuierung zu loben ist. Im übrigen hat das Reichsamt des Innern — wir müssen annehmen: mit Absicht — diese Berichte in so unpraktischer, unzulänglicher Form herausgegeben, daß es den meisten Reichstags-Abgeordneten unmöglich sein wird, dieselben durchzusehen. Das Reichsamt des Innern hat nämlich genau das Gegenteil dessen gethan, was sein Leiter Graf Posadowsky im Reichstage versprochen hat. In der Sitzung vom 10. Januar 1900 versprach er nämlich: „daß im Reichsamt des Innern ein möglichst eingehendes alphabetisches Verzeichnis über diese Berichte hergestellt wird, mit dessen Hilfe jeder, der sich für eine Specialfrage interessiert, sofort in den Originalberichten die betreffenden Stellen finden kann.“

Statt dessen ist das Gesamtregister so unübersichtlich, so oberflächlich hergestellt, als ob dessen Verfasser entweder den bösen Willen besessen hätte, das Studium der Berichte möglichst zu erschweren resp. zu verhindern, oder die Unfähigkeit, ein Register herzustellen.

Für diejenigen, welche die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten nicht kennen, sei hier bemerkt, daß der Aufsichtsbeamte jedes Bezirks in einer gewissen Reihenfolge die Gegenstände, die er zu besprechen hat, mitteilt. Es muß daher, wenn sich z. B. jemand über Frauenarbeit Ueberblick verschaffen will, bei jedem einzelnen Bezirk die entsprechende Seitenzahl aufgesucht werden. Da nun gerade in diesem Jahre sämtliche Beamten eingehende Mittelungen über die Frauenarbeit brachten, ist an 125 Stellen auf etwa 600 Seiten darüber berichtet!

Selbstverständlich mußte also ein „eingehendes alphabetisches Verzeichnis, das ermöglicht, sofort in den Originalberichten die betreffende Stelle zu finden“ — wie es Graf Posadowsky versprochen hatte — den Inhalt der 600 Seiten über Frauenarbeit in Unterabteilungen zerlegen, in die es auch in den Einzelberichten der Beamten zerlegt ist.

Das Gesamtregister des Reichsamts des Innern ist aber so nachlässig abgefaßt, daß es diese Unterabteilungen nicht bringt, obwohl dieselben in den Registern der größeren Bundesstaaten gebracht sind, die aber bei den dem Reichstag vorgelegten Abdruck nicht wieder gegeben werden!

So teilt z. B. der preussische Bericht, der dem preussischen Landtag vorgelegt wird, in seinem Register das Kapitel Frauenarbeit in 26 Unterabteilungen! Dadurch ist es bedeutend erleichtert, sich einen Ueberblick über den Inhalt zu verschaffen. Ja, das Register allein bietet schon zum Teil die Möglichkeit, den Inhalt kennen zu lernen. So heißt es im preussischen Bericht:

Frauen, verheiratete, Beschäftigung in Fabriken; Erkrankungen; werden ungern beschäftigt; Zahl; für gewisse Arbeiten unregelmäßiger Art nicht zu entbehren; Verteilung auf Industriezweige; besondere Kennzeichnung im Betriebe; Gründe für die Fabrikbeschäftigung; Arbeitszeit; Nachteile und Gefahren für die Fabrikbeschäftigung; Nichtzahlung von Wochengeldern durch Krankentlassen zwingt zur allzufrühen Wiederaufnahme der Arbeit nach Geburten; Stehen bei der Arbeit unteilhaftig; Beschränkung der Beschäftigung der Frauen, soweit sie ein Hauswesen zu besorgen haben; Verbot oder Einschränkung der Ueberarbeit; Beschränkung auf die Vor- oder Nachmittage; Uebergangszeit bei etwaiger Beschränkung; Wirkung der Beschränkung; Arbeitsverdienst; Verdienstausschlag; Folgen der Erziehung durch ledige Arbeiterinnen; Abneigung gegen ärztliche Untersuchungen usw. usw.

Im Reichs-Gesamtregister ist keine einzige dieser Unterabteilungen, auch diese als besondere Rubrik vorhanden!

Haben wir da nicht recht, wenn wir behaupten, das Gesamtregister ist entweder von einem Beamten zusammengestellt, der keinen Begriff davon hat, wie eine solche Arbeit gemacht werden muß, oder die Absicht lag vor, dieses Register so unbrauchbar zu machen, damit den Abgeordneten die Lust vergeht, sich mit dem Inhalt zu beschäftigen? Denn wer z. B. über die Berichte der Beamten bezüglich der Frauenarbeit sich orientieren will, muß sich selber erst mit vieler Mühe und großem Zeitaufwand ein Register anlegen, sonst kann er sich unmöglich einen Ueberblick verschaffen.

In derselben nachlässigen Art ist das Gesamtregister durchwegs gearbeitet. So bringt es z. B. bei „Unfällen, deren Ursachen im allgemeinen“ nichts als die Aneinanderreihung der etwa 130 Stellen, an denen über Unfälle berichtet wird, während der preussische Bericht 25 Unterabteilungen macht und dann noch in 74 Unterabteilungen die Art der Betriebe, in denen die Unfälle vorkamen, mitteilt.

Anstatt daß das Gesamtregister noch ausführlicher ist wie das ausführlichste Einzelregister eines Staats, indem es die Lücken, die sich auch dort noch finden, ergänzt, ist es geradezu ein Hohn auf Ueberständigkeit und Vollständigkeit.

Ein weiterer sehr tabelnwürdiger Rückschritt ist in den diesmal vorgelegten Berichten auch insofern vorhanden, daß denselben jegliche Ueberblick über die gesamte im Reich ausgeübte Gewerbe-Aufsicht mangelt. Infolge ständigen Drängens seitens unserer Presse und Abgeordneten war eine solche Tabelle seit drei Jahren der Zusammenstellung der Berichte beigelegt. Auch sie war noch mangelhaft, was Graf Posadowsky selber zugab. In der Sitzung vom 10. Januar 1900 sagte er:

„Wenn der Vorwurf erhoben worden ist, daß die Tabellen, die den Berichten beigelegt sind, nicht übersichtlich genug zusammengestellt werden, daß es notwendig sei, erst selbst umfangreiche Rechnungen anzustellen, um sich über den Wert und das Facit der Tabellen klar zu sein, so kann ich versichern, daß in dieser Beziehung in dem Bericht für das nächste Jahr eine wesentliche Besserung eintreten wird.“

Und worin besteht die wesentliche Besserung in diesem nächsten Jahr?

Daß gar keine Gesamtübersicht gebracht wird und der Reichstag überhaupt nicht erfährt, wie viel Betriebe revisionspflichtig waren und wie viel revidiert wurden und wie viel nicht. Ob und von wem die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe in den Berichten mitgeteilt wird, davon meldet auch das Gesamtregister keine Silbe; es begnügt sich, die 108 Seitenzahlen anzugeben, an denen von der „Revisionsfähigkeit der Aufsichtsbeamten“ die Rede ist! Nun kann man suchen!

Diese jüngste Leistung des Grafen Posadowsky hat abermals bewiesen, wie wenig er willens ist, den Schutz der Arbeiter zu fördern. Denn indem er das Studium der Gewerbe-Aufsichtsberichte erschwert, verhindert er, daß die erforderliche Kritik an den in den Gewerbebetrieben bestehenden Missethänden geübt und die Vorschläge der Beamten wie deren Thätigkeit geprüft werden können! Ist unter Graf Posadowskys glorreicher Leitung die Kommission für Arbeiterstatistik fast völlig auf den Aussterbe-Etat gesetzt worden, so hat die unter seiner Verantwortung erfolgte nachlässige Bearbeitung der Gewerbe-Aufsichtsberichte bewiesen, daß er auch dies bisherige Arbeiterschutzes zum Stillschweigen verurteilen möchte. Allerdings — bei einem Minister, der sich zum Handlanger der Scharfmacher hergegeben hat, kein Wunder!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 7. Januar.

Drunter und Draßer.

Die Coulissen-Intelligenz, die Kämpfe um den Einfluß bei Hofe, die Rathhalgereien der um die Deute hadernden kapitalistischen Interessenten werden beim Wiederbeginn der parlamentarischen Verhandlungen beängstigend durcheinander.

Die „Freisinnige Zeitung“ erzählt, Herr Bued sei zu seinem Gulbigungsartikel für den Grafen Posadowsky durch den — Finanzminister Miquel veranlaßt worden. Herr v. Miquel habe Herrn Bued am vergangenen Mittwoch zu diesem Zweck im Kastanienwäldchen empfangen und über eine Stunde in dieser Angelegenheit mit ihm konferiert. Nach dieser Konferenz habe Herr Bued sogleich seinen Artikel für die „Deutsche Industrie-Ztg.“ geschrieben. Es ist müßig, darüber zu grübeln, welche Zwecke der Liebling der Agrarier mit dieser Konferenz verfolgt haben mag. Uebrigens fragt

Herr Bued auch nach Herrn Miquel nichts, vielleicht hat er von dem Minister wegen des Grafen Posadowsky beruhigende Versicherungen erhalten.

Ein jäher Umschwung ist auch in Miquels Organ, den „Berl. Polit. Nachr.“ eingetreten. Sie suchen plötzlich den Mittelkandkanal den Junkern schmachtig zu machen, indem sie darauf hinweisen, daß der Kanal für die Ostelbier deshalb von großer Bedeutung sei, weil er ihnen billige Transportgelegenheit für ihre Kartoffeln biete. Fast scheint es, als ob die Kanalfrage wieder akut geworden ist. Möglicherweise ist irgendwo wieder von unbegreiflichen Willen die Rede gewesen. Auch die Kruppischen „Berl. Neuesten Nachr.“ beschwören die Junker, es über den Mittelkandkanal nicht zu einem Konflikt kommen zu lassen, denn alle Gutgesinnten müßten gegen den Umsturz sich zusammenschließen. Das Blatt schreibt:

„Eine abermalige Ablehnung wäre mit ihren Folgeerscheinungen um so mehr zu beklagen, als das Land gegenüber der fortschreitenden Demokratisierung aller öffentlichen Verhältnisse und dem täglich herausfordernden Auftreten der Socialdemokratie einer starken konservativen Partei dringend bedarf, einer solchen, die sich selbst gegen jene Strömungen widerstandsfähig fühlt und damit auch der Regierung Mut und Widerstandskraft verleiht. Seit einigen Jahren haben Mutlosigkeit und Indifferenz gegenüber der Socialdemokratie die Regierung und die Parteien ergriffen. Je schwächerer und frecher die revolutionäre Agitation auftritt, desto weniger geschäftsfähig erscheinen diejenigen Faktoren, denen vor dem Lande und vor der Geschichte eine so große Verantwortlichkeit obliegt. Seit dem Falllassen des Socialistengesetzes wohnen wir auf der ganzen Linie einem unaufrichtigen, schwächlichen Rückzuge bei. Wie einem lärmenden Babelhausen gegenüber in der Regel das Blinken des Bajonets genügt, so würde auch die Socialdemokratie ganz erheblich zurückweichen, wenn sie auf der anderen Seite den Mut und die Entschlossenheit sähe, ihre Bekämpfung auf alle Konsequenzen hin zu betreiben. Es wird nicht angehen, sich noch lange um diese Aufgabe herumzudrücken, die sich von Tag zu Tag gebieterischer aufdrängt, um so mehr mögen die Konservativen zusehen, wo in der Schlachordnung ihr Platz ist. Es müssen in unserem öffentlichen Leben alle diejenigen Faktoren eng zusammenhalten, die an der Aufrechterhaltung der Autorität gegen über den Massen ein Interesse haben, ein Interesse, das sich ja zugleich mit dem staatlichen deckt. Noch immer ist der Satz wahr, daß man in der Gemeinsamkeit weiter kommt als mit der Vertheilung. Die Landwirthschaft, mit ihr die Gesamtheit der konservativen Parteien, muß sich darüber klar sein, daß jeder Schlag, den sie gegen die ihr so verhasste Industrie führt, in seinen Folgen unfehlbar auf sie selbst zurückspringt. Die parlamentarische Zeit, an deren Schwelle wir stehen, kann sich als eine sehr folgenschwere für das Vaterland erweisen.“

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ benutzen wie auch die „Post“ die Zweihundertjahr-Feier zu scharfmacherischen Spekulationen, die direkt an die Person des Kaisers gerichtet sind. So viel steht fest: Die Soldschreiber des Kapitalismus haben wieder einmal den Auftrag erhalten Sturm zu blasen wider die proletarische Bewegung. Man beschwört das rote Gespenst, um den handelspolitischen Gegensatz zwischen der Industrie und der Landwirtschaft zu überbrücken. Der Centralverband läßt wieder alle Mienen springen, um durch eine kompromisselnde gegen die Arbeiter zielende Sammelpolitik die Differenzen zwischen den Großindustriellen und den radikalen Agrariern zu betäuben. Es ist höchst wahrscheinlich, daß der Kaiser sich neuerdings wieder im Sinne einer industriefreundlichen Handelspolitik geäußert hat. In Hamburg ist er offenbar wieder mit den Vertretern jener Kreise zusammengetroffen, die gleichermassen für die industrielle Exportpolitik wie gegen die Arbeiterbewegung und die Agrarier gestimmt sind. Darum rufen die Sammelpolitiker jetzt so inbrünstig die rebellierenden Junker gegen den Umsturz zum Kampf auf.

Andererseits ist man mit den „maßvollen“ Konservativen handelsfeind geworden. Nach einer italienischen Meldung soll Fürst Herbert Bismarck in einer Unterredung mit dem Grafen Laurenzana — ganz wie Herr v. Rindowström — erklärt haben, zwischen den Agrariern und den Großindustriellen sei mit dem Einverständnis des Kaisers und des Reichskanzlers ein Einvernehmen betreffs der Handelsverträge zu Stande gekommen. Die Agrarier seien bereit, Rußland Erleichterungen zu gewähren und den Zoll auf russisches Getreide auf fünf Mark pro Metercentner zu beschränken, während Rußland seinerseits den Eisenbahn-Tarif für Petroleum und Kohle aus Turkestan demnach herabsetzen werde, daß dieselben möglichst billig auf den deutschen Markt gelangen können. Andererseits würden die vereinigten Agrarier und Industriellen der Reichsregierung eine absolute Schutzpolitik gegenüber Amerika ausfindigen mit einem Zoll von mindestens sechs Mark auf Getreide und starken Bölen auf Baumwolle und Industrieerzeugnisse der andren Länder.

Offiziös wird diese Meldung zwar dementiert, immerhin deuten alle Anzeichen darauf hin, daß Graf Bülow, wenn auch nicht mit den eigentlichen Agrariern, so doch mit den Konservativen ein Kompromiß geschlossen hat.

Tagegen sind die Herren vom Bunde der Landwirte offenbar lebhaft beunruhigt. In der „Reinisch-Westfälischen Zeitung“ wird ein agrarischer Alarmruf laut, weil Graf Posadowsky zusammen mit Herrn Podbielski und dem Direktor der Reichsbank am 8. Januar den Handeltag besuchen wollen; sogar Herr v. Miquel werde dort erscheinen. Das

deutes man als eine Hinneigung der Wilowischen Regierung zu einer milder schutzähnlichen Handelspolitik.

So freuzen sich hier die Intriguen — ein widerwärtiges Bild aus dem kapitalistisch-feudal-monarchischen Gegenwartskontext, ein Zeichen der Zerfegung. —

Kapitalistische Reizigkeiten.

In der „Welt am Montag“ wird darauf hingedeutet, daß der Handelsminister Herr Graf v. Bismarck in intimem Verkehr mit dem Kohlen-Großhändler Kommerzienrat Arnold verkehrt, einem Teilhaber der bekannten Monopolfirma Casar Wolheim, und daß der Einfluß des Kommerzienrats sehr groß sei. Bekanntlich haben die Kreise, denen Herr Arnold angehört, vor einigen Monaten, als das Staatsministerium über Maßregeln gegen den Kohlenwucher beriet, die Regierung gedrückt durch die Vorpiegelung, daß an den hohen Kohlenpreisen nur der Kleinhandel schuld sei, und sie haben zum Zweck dieser Täuschung die Kleinhändler zu einem Circular betr. einer Preiserhöhung genötigt. Inzwischen hat der Beschluß des Kohlenjubilats auf Einschränkung der Förderung den alle Gewerbtätigkeit bedrohenden Wucher der Kohlenmagnaten entlarvt. Wie sind der Ansicht, daß ein Minister die Pflicht hat, nach diesen Vorgängen seinen Verkehr mit Kohlenmagnaten streng auf die amtlichen Anlässe zu beschränken und bei diesen Anlässen kein Hehl aus der Thatsache zu machen hätte, daß die Kohlenproduzenten einen gemeinschaftlichen Wucher treiben, und daß sie die Staatsregierung durch falsche Vorpiegelungen beeinträchtigen. Der Minister hat also alle Verantwortung über die oben erwähnte Verdrängung zu übernehmen. Selbst im preussischen Landtag dürften sich Leute finden, die ein Interesse daran nehmen, die Beziehungen zwischen der Regierung und den wirtschaftlichen Gruppen, die den Haß des Volks verdichtern, zu untersuchen, an's helle Licht zu ziehen.

Die Aktion der „Deutschen Bank“ im Spielhagen-Krach, die von unabhängigen, nicht auf die Bankaktionen eingeschworenen Blättern aufs schärfste kritisiert wird, scheint sich der Protektion hoher Behörden zu erfreuen. Herr Justizrat Kempner operierte ja auch in den Versammlungen geschickt ebenso mit den geheimnisvollen Mächten der hohen Bank, wie mit den „maßgebenden Kreisen“. So darf man an dem Gelingen des „großen Werks“ nicht zweifeln. Wie haben uns genügend über die Angelegenheit geäußert und vermerken heute nur den im „Berliner Tagebl.“ aufgeschlossenen Versuchsbau wegen der Heranziehung der Cohnschen Erbchaft. Danach schweben Vergleichsverhandlungen auf der Grundlage, daß die Erben den Gewinn herauszahlen, den der Erblasser Baron Cohn unrechtmäßigweise aus den beiden Banken gezogen hat!

Daß die Gläubiger der Banken zu Gunsten der Erben des Baron Cohn benachteiligt werden würden, haben wir nie bezweifelt. Aber daß man diesen Handel so skandalös zu betreiben wagen wird, müßten wir noch heute bezweifeln. Man umschreibe nur einmal den Inhalt jener Nachricht. Baron Cohn ist jahrelang Aufsichtsrat der Banken gewesen; er ist für alle Bilanzverschlechterungen und Fälschungen und daraus hervorgegangene Schädigungen der Gläubiger und sogar der Aktionäre haftbar. Aus dieser Haft sollen seine Erben entlassen werden, indem sie die unrechtmäßigen Gewinne, die Baron Cohn aus den Banken gezogen hat, zurückgeben! Eine so dreiste Begünstigung von Millionären ist selbst im Steinberg-Prozess nicht vorgekommen. Was in aller Welt haben die Gewinne, die Baron Cohn z. B. aus dem bedenklichen Konfortial-Konto mit dem Kommerzienrat Sander eingehemmt hat, und etwa noch die Schwindeldividenden mit der Haftbarkeit des Aufsichtsrats Baron Cohn zu thun, außer etwa, daß sie diese Haftbarkeit verschärfen? Wie kann man, ohne die Gläubiger auf die verwirrtste Art zu schädigen, für jene ganz selbstverständliche Rückzahlung des unrechtmäßig Erworbenen die auf einem ganz andern Brett stehende Verantwortung des Aufsichtsrats preisgeben? Und wollen die Behörden eine Machenschaft solcher Art mit ihrer Zustimmung decken?

Deutsches Reich.

Der sozialpolitische Goethe-Bund

— die „Gesellschaft für soziale Reform“ — hat sich am Sonntag konstituiert. Nebenbei — wir wollen dem Goethe-Bund nicht unrecht thun: etwas weniger unheimlich wie diese kunterbunte Vereinigung von Reaktionsären von der zweifelschwersten bis zur unzweifelhaftesten Richtung, von politischen Reichthümern, Plottenschwärmern, Lebensmittelvertretern, Manchestermännern, Sparaposteln und dergleichen ist er uns immer noch. Die Frage könnte sein, welche von beiden Vereinen wohl harmloser ist? Wenn wir aber berücksichtigen, daß sich doch wieder eine Anzahl christlicher und katholischer Arbeitervereinigungen einschlänken, daß sie sich zu dem Glauben verleiten lassen, von dieser Gesellschaft sei wirklich eine ernsthafte Förderung des Arbeiterschutzes zu erwarten, so können wir die Palme der Harmlosigkeit nicht der neugegründeten Gesellschaft zuschreiben; sie ist geeignet, Arbeiterschützen von nicht unbedeutender Stärke in eine bedenkliche Täuschung zu versetzen über die Mittel und Wege, die der Förderung des Arbeiterschutzes dienlich sind, und sie von der Erkenntnis des rechten Weges abzuhalten.

Wir werden deshalb ein wachsameres Auge auf die Thätigkeit der bedenklichen Arbeiterfreunde haben, um sie immer in das rechte Licht zu rücken; denn auf die Thaten, wie Herr Köstke ganz richtig bemerkt, kommt es an.

Man sehe sich den Vorstand der neuen Gründung an: Da ist Herr Söder, der fromme Mann, der heilige Paasche, Aufsichtsratsmitglied der Breslauer Diskontobank, Pfarrer Raumann, der tapfere Schmidt, Eberfeld, Hise, der Mann der billigen Kochrezepte, Max Hirsch, der den Berliner Straßenbahnen in ihrem Kampfe gegen die „Grotte“ so tapfer beistand, Sonnemann, Pastor Weber, Handelskammerpräsident Wirminghaus aus Adn, dessen Agitation gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit in Weißfabren und Weizenverarbeitern wir schon mehrfach kennzeichneten, Sombart, Schmoller, Brentano, Verlevisch und andre. Es kann deshalb wirklich nur bedauert werden, daß auch Arbeiterführer, wie Brust und Giesberts, die neben einigen andern gleichfalls in den Vorstand gewählt wurden, die von ihnen vertretenen Arbeiter in das Schlepptau der fragwürdigen oder vielmehr gar nicht fragwürdigen Gesellschaft bringen können.

Herr v. Verlevisch kennzeichnete in seiner Eröffnungsrede die soziale Gründung recht scharf durch die Bemerkung, daß man sich nicht auf ein bestimmtes soziales Glaubensbekenntnis festlegen wolle; aber praktisch arbeiten wolle man.

Das praktische Arbeiten der Tausende und Abertausende, die sich nach Herrn v. Verlevisch dem Verein anschließen sollen, erläuterte dann Herr Sombart bei Besprechung des von ihm entworfenen Statuts näher, indem er ausführte, daß die Generalversammlungen des Vereins keine bindenden Resolutionen fassen dürften, da man sich nicht der Möglichkeit zufälliger, von lokalen Verhältnissen beeinflussten Majoritäten aussetzen wolle. Es könnten einmal an dem Ort einer Generalversammlung eine größere Anzahl christlicher Arbeiter in dem von ihnen unklaren Führern genährten dummen Wahne, diese Dilettanten des goldpapierenen sozialpolitischen Theatersports möchten ihnen wirklich zur Verbesserung ihrer Lebenslage, zur Stärkung ihrer Position im Kampf gegen das Unternehmertum behilflich sein, einen

Beschluß durchdrücken, daß die ganz zusammengelaufene Gesellschaft mit geschautem Paar wieder auseinander ließe; in Sorge um den Profit, in Sorge um ihren Ruf politischer „Unbedenklichkeit“, in Sorge um die „Weltmachstellung“, in Sorge darum, daß es — Gemi werden könnte mit dem Arbeiterschutze.

Nach dem Statut, das im übrigen ziemlich belanglos ist, sollen aber die Zwecke des Vereins Vorträge und Kurse gehalten, Flugblätter und Broschüren verteilt und Petitionen an Regierungen, gesetzgebende Körperschaften zc. gemacht werden.

Darüber, was geschieht, wenn die Regierungen, gesetzgebenden Körperschaften zc. die Petitionen der Gesellschaft in den Papierkorb werfen oder als schätzbares „Material“ in die Archive packen, macht man sich keine Sorge; daraus kommt es ja auch in der That nicht an — die Hauptsache ist, daß „alle Stände und Richtungen“ vereinigt sind. —

Englisches Gold. Die „Köln. Jtg.“

schreibt gegenüber den Erklärungen des Dr. Liman, sie werde den Verfasser des gegen Liman gerichteten Briefs nur dem zuständigen Richter nennen und im übrigen aber am Prinzip der Anonymität des Artikels festhalten. Sollte indessen Dr. Liman keine Absicht, eine Klage zu erheben, von der Bedingung, den Namen des Verfassers zu nennen, abhängig machen, so kennzeichnet sich sein Verhalten als eine neue Ausflucht, sein Gebahren dem Urtheil des Richters zu entziehen. Bezüglich des geheimen Semsterberichts sei Liman entschieden getäuuscht worden. Nach Erfundigungen an Stellen, die es wissen müßten, gebe es keine solchen geheimen Halbjahresberichte, insbesondere einen solchen für das zweite Semester 1899 nicht. Auch der Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr enthalte nicht den von Liman veröffentlichten Posten Köln-Berlin.

Warten wir ab, wie Herr Liman den Kampf um die Wahrheit führen wird. Im übrigen aber hat auch die Regierung und der Reichstag ein Interesse daran, daß diese dumme Angelegenheit aufgehört werde. —

Humen-Offiziere. Der Berliner Vertreter der demokratischen „Frankfurter Zeitung“

berichtet über die deutschen Humen-Thaten. Wenn nächstens im Reichstag über die Kriegsführung in China gesprochen werden wird und über die Exzesse, die dabei vorgekommen sind, so wird man auf Grund inzwischen eingegangener Berichte erfahren, daß die Militärjustiz gegen Exzedenzen und Plünderer sehr streng vorgegangen ist. Schon beim Einzug der aus China zurückgekehrten ersten Bannschaften wurde in militärischen Kreisen erzählt, daß eine Reihe schwerer kriegsgerichtlicher Strafen ergangen sind, und zwar bis zu zehn Jahren Gefängnis und Zuchthaus, und das wird neuerdings bestätigt. Hoffentlich erfährt man die Namen der „Exzedenzen und Plünderer“, und man wird hoffentlich weiter vernehmen, daß gegen die Plünderer ohne Unterschied der Person und des Rangs vorgegangen ist; die Presse konnte nämlich in dieser Hinsicht aus erklärlichen Gründen nicht alles wiederholen, was die Briefe der gemeinen Soldaten zu erzählen wußten. Was aber will der Berlin-Frankfurter Demokrat mit seiner im Schweineburgstil trostenden Mitteilung eigentlich beweisen? Was die Humenbriefe erzählten und was das Entsetzen aller Kulturmenschen hervorrief, waren gar keine „Exzesse“ im militärisch-technischen Sinne, sondern die furchterlichen Wirkungen einer anbefohlenen Kriegstat. Die Niederlegung von 76 wehrlosen Chinesen am Sonntagmorgen z. B. war kein „Exzeß“, sondern die Erfüllung eines militärischen Kommandos. Es ist höchst, wenn man auch die Demokratie wie Herr v. Goltz, der Kriegsminister, mit dem Militärstrafgesetzbuch in der Hand beweist, daß „pflichtwidrige“ Handlungen mit schwerer Strafe gesühnt werden.

Als zweite im Munde der Humen-Offiziere regt sich die „Nationalliberale Korrespondenz“ darüber auf, daß wir die marxistische Stellen fett drücken. Einen Humen-Brief findet allerdings auch das abgebräute Organ der nationalliberalen Partei von „seltener Robeit“. Weil er aber — auf Umwegen — zur Kenntnis des „Vorwärts“ gelangt ist, daraus folgert die wichtige Korrespondenz, daß der „Verfasser auf die Veröffentlichung in der sozialdemokratischen Presse Wert gelegt habe“ und selber Genosse sei. Für solche Fiktionen nützer Erziehung sei aber das deutsche Volk und das deutsche Heer nicht verantwortlich zu machen. Ein wahrer Humen-Humor, der in blutig-ernsten Dingen so satzlose Wege reißt. —

Agitationsfliegen. Die „Germania“, das katholische

Centralorgan, widmet dem „Vorwärts“ und der Sozialdemokratie wieder einen langen Artikel. Es verliert sich nicht, das Geschwätz zu widerlegen. Nur ein paar Punkte seien kurz erwähnt. Die „Germania“ behauptet, wir hätten zu den Vorgängen in Leipzig „ganz auf unsre catonische Genossenschaft verzehnen“. Das schlaueste Deutsch der „Germania“ verzeihen wir, um solche weltlichen Dinge braucht sich das Blatt ja nicht zu kümmern. Auch gesehen wir, daß wir unsen Parteigenossen gegenüber weder den Verus des Cato noch des Censor zu über haben. Die „Germania“ läßt aber, wenn sie mit ihrer Behauptung jagen will, daß wir die Leipziger Geschändnisse nicht kritisiert hätten. Wir haben vielmehr scharf und ungetrübt unsere Meinung gesagt. Es ist in der Sozialdemokratie bisher nicht Sitte gewesen, unliebbare Dinge in der Partei zu vertuschen oder zu vernichten. Gerade aus dieser freien Kritik auch wider die Freunde schöpft die Sozialdemokratie einen Teil ihrer unzerstörbaren Jugendkraft.

Recht ungeschickt nennt die „Germania“ den Strafen Hoensbroech einen Moskau-Kamerad. Sie giebt also zu, daß der katholische Staat eine Kloake darstellt.

Endlich regt sich die „Germania“ wieder über die Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie auf und brühet sich mit ihren „Geweisheiten“. Die „Germania“ mag uns einen Satz in ihrem Programm oder einen Parteitagbeschlus nennen, der für diese Behauptung angezogen werden könnte. Religion ist Privatsache (nicht Staats)sache — dieser Satz unseers Programms verbietet natürlich keinen Parteigenossen, über die Religion Ansichten zu haben und zu äußern, welche er will. Würde unser Programmsatz eine solche Kritik anschlüssen, so wären wir ja damit katholischer als der Papst, eine Partei des fanatisch-indulhamen Dogmatismus, die nicht einmal erlaubt, religiöse Fragen zu kritisieren. Aber die Partei als solche hat keine Meinung über die Religion, und darum finden sich auch bei uns überzeugte Christen und Atheisten nebeneinander. Es scheint, als ob der Vorstand der „Germania“ nicht ausreicht, um den klaren Sinn unseers Forderung: „Religion ist Privatsache“ zu verstehen.

Auch Herr Raumann sucht Kapital aus der Leipziger Sache zu schlagen, indem er in der „Hilfe“ die Behauptung aufstellt, daß die gesamte sozialdemokratische Parteipresse — mit Ausnahme des „praktischen „Vorwärts“ — einzig sei in der Parteinahme gegen den Wucherer-Verband. Das soll bewiesen werden durch Verhängerungen der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, des „Halleischen Volksblatts“ und der „Magdeburger Volksstimme“. Das letztere Blatt weist in einem längeren Artikel nach, daß Herr Raumann nur durch das Totschweigen der abfälligen Kritik, welche die „Magdeburger Volksstimme“ an dem Verhalten der Leipziger geleist hat, sowie dadurch, daß er einen Passus, der gegen den Wucherer-Verband gerichtet, citiert, seinen Lesern dies glaubhaft machen kann. Ähnlich verhält es sich mit dem Halleischen Blatt, denn dort stand noch dieser Tage zu lesen: „Es ist schon gesagt worden, mag aber hier wiederholt werden, daß die „Leipziger Volkszeitung“ harten Tadel verdient.“

Das genügt wohl, die Raumannschen Citate auf ihren wahren Wert einzuschätzen. Im übrigen trifft das genaue Gegenteil der Behauptungen Raumanns zu: Die gesamte Parteipresse bis auf wenige Ausnahmen hat gegen die „Leipziger Volkszeitung“ Stellung genommen. —

Das Central-Abc. Die „Kölnische Volkszeitung“ bezieht sich, auf den Artikel des „Vorwärts“ hin das politisch-soziale Abc-Buch der Herren Sieberg, Erzberger und Schwarz von den Reichshöhen des Central-Abc-Buchs. Es gebe kein politisch-soziales Abc-Buch des Central-Abc, das vom „Vorwärts“ besprochene Nachschlagewerk der Herren Sieberg und Genossen sei auf alleinige Rechnung und Gefahr der Herausgeber erschienen.

Es ist immerhin merkwürdig, daß man das erst heute hört, ein halbes Jahr nach Erscheinen des Buchs, und vor allen Dingen erst, nachdem der „Vorwärts“ es gebührend gekennzeichnet hat. Das Buch ist allerdings nicht mit dem offiziellen Stempel der Zeitung der Centralpartei versehen, und der „Vorwärts“ hat das auch nicht behauptet. Wir haben es ein Central-Abc-Buch oder ein ultramontanes Abc-Buch genannt, und dazu liegt doch wohl ein Recht vor bei einem Werk, das von drei bekannten Central-Abc-Leuten, darunter einem Abgeordneten, herausgegeben worden ist, das sich auf dem Titelblatt als „Handbuch für die Mitglieder und Freunde der Centralpartei“ bezeichnet und das in der Vorrede den Anspruch macht, das in maßgebenden Kreisen des Central-Abc schon lange herbeigesehnte politische Handbuch darzustellen. Die „Kölnische Volkszeitung“ meint, es sei socialdemokratische Taktik: wo irgend ein Ultramontaner irgend etwas sage oder schreibe, was ansehbar sei, da müsse „das Central-Abc“ oder „die Centralpartei“ herhalten. O nein, die Socialdemokraten wissen die Verantwortlichkeit des Einzelnen von der Partei sehr wohl zu trennen. Daß aber die ultramontane Polemik keine andre Taktik kennt als die, persönliche Meinungen der Einzelnen gegen die Partei zu verwenden, das lehrt uns der politische und gewerkschaftliche Kampf alle Tage.

In dem „Vorwärts“-Artikel ist irrtümlich als Verfasser der Vorrede Schriftsteller Gliberts statt Sieberg genannt. Es liegt auf der Hand, daß es sich hier um einen Schreibfehler handelt. Es entspricht der ultramontanen Taktik, dieses für jedermann erkennliche Versehen zu dem Vorwurf zu benutzen, das Centralorgan der socialdemokratischen Partei nehme es nicht genau, wenn es gelte, dem Central-Abc oder der christlichen Gewerkschaftsbewegung am Henze zu fiden. Wenn ein bloßer Schreibfehler zu diesem Vorwurf berechtigt, was soll man dann von den Central-Abc-Leuten sagen, die ein Nachwerk auf dem Gewissen haben, das von Zeitweilen, Unrichtigkeiten, Unwahrheiten und Gefährlichkeiten strotzt, wie das politisch-soziale Abc-Buch der Herren Sieberg, Erzberger und Hochwürden Herr Pfarrer Schwarz? —

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar. Nach dem gestern abend erfolgten Tode des Großherzogs (geb. d. 24. Juni 1818) muß nach § 88 der revidierten Verfassung vom 6. Mai 1816 sofort ein außerordentliches Landtag zusammenberufen werden, welcher vom neuen Landesfürsten (Wilhelm Ernst, geb. d. 10. Juni 1876) die schriftliche Verfassung: „Bei fürstlichen Worten und Ehren, die Verfassung noch ihrem ganzen Inhalt während seiner Regierung zu beobachten, aufrecht zu erhalten und zu schützen“ entgegennimmt.

Wir sind nun neugierig, wie sich bezüglich der Verfassungsfrage die Dinge in Sachsen-Weimar unter den neuen Verhältnissen gestalten, da hochgeachtete einflussreiche Personen, wie Professor Dr. Abbe in Jena, den bisherigen Zustand — die massenhaften Versammlungsverbote — als gegen die Verfassung verstoßend bezeichneten. —

Dem Adel gehört das zwanzigste Jahrhundert. Die Jahrhundertwende hat das „Deutsche Adelsblatt“ an die große Jubiläumskommission des ost- und westfälischen Jurisconsults erinnert. Das mit unfreiwilligem Humor so reich gesegnete Blatt schreibt:

„Und diese Zukunft wird unsre ganze Kraft erfordern, das sollte sich vor allen der deutsche Adel klar machen. Oder giebt es immer noch Blinde und Taube in seinen Reihen, die noch nicht gemerkt haben, daß das gesamte deutsche Volk, soweit es noch christlich und royalistisch denkt, das weite Schichten des Mittelstands und der arbeitenden Klassen, sich thätiglich mit ihrer letzten Hoffnung an die zähe Widerstandskraft, an den christlich-ritterlichen Sinn des deutschen Adels, an sein Treu- und Eid- und Wort anklammert, für Glauben, Wahrheit, Recht, Ehre, bedrängte Armut und Hilfsbedürftigkeit?“

Für bedrängte Armut und Hilfsbedürftigkeit haben die hohen Adelen unserer heutigen Kultur allerdings oft das Schwert gezogen, wenn es galt, reißende Raubtiere zu plündern, um mit den erbeuteten Schätzen ihre zerfallenden Raubnester zu fiden. Unse heutigen Strohdachhütten sind so beschiden, sich vermittelst Brot- und Fleischwuchers eine standesgemäße Lebenshaltung zu sichern.

Wenn das Adelsblatt der Hoffnung lebt, daß dem Adel die Zukunft gehöre, so kann er sich übrigens mit einigem Recht auf die Statistik berufen. Ist doch der Prozentfuß der Adligen unter den Regierungspresidenten, aus denen das Verwaltungsbearbeitung des Staats hervorgeht, in Preußen von 35,4 Proz. im Jahre 1896 auf 42,5 Proz. im Jahre 1900 gewachsen. —

Chinesische Toleranz. Es ist eine bekannte Thatsache, daß die Chinesen vor dem Einsetzen der nach der „Köln. Zeitung“ seit dem chinesisch-japanischen Kriege in „beschleunigtem Schrittmak“ erfolgenden Annexionspolitik der Mächte den Missionaren gegenüber die größte Toleranz beobachteten. Diese religiöse Toleranz, die China so vorteilhaft vor den Kulturmächten des Westens auszeichnete, übte China seit der ersten Verbindung mit den Missionaren. Dieser Toleranz widmete der Geograph und Mathematiker Professor S. Günther, München unlängst einen Vortrag in Frankfurt. Als Mario Polo vor mehr als 600 Jahren China bereiste, wurde er ebenso freundlich aufgenommen, wie schon 25 Jahre früher mehrere Missionare, die sich mehrere Jahrzehnte lang in China aufhielten und völlig unbekannt für das Christentum Propaganda machen durften. Der Christenhaus stellte sich erst ein, als die Missionare anwährend aufzutreten und sich in die politischen Angelegenheiten des Lands zu mischen begannen.

Zu der Zeit, als die ersten christlichen Missionare ungeniert in China Anhänger für eine völlig fremde Religion werben konnten, belegte in Europa der Papst den Hohenstaufenkaiser Friedrich II. als Sohn der Finsternis mit seinem Fluch, loderten bereits die Scheiterhaufen, auf denen man die Waldenser und Apostelbrüder ihrer legerischen Lehren wegen an den Brandpfahl schnürte. —

Ausland.

Aus den Vereinigten Staaten.

New York, 23. Dezember. (Eig. Ber.) Die Republikaner befehlen sich, ihren großen Wahlsieg auszunutzen. Zunächst handelte es sich darum, die Vergrößerung der stehenden Armee unter Dach und Fach zu bringen. Das ist nun so gut wie geschehen. Selbstverständlich konnte es dabei, wie bei allem, was Mc Kinley vorschlägt oder fordert, ohne einen kleinen Schwindel nicht abgehen. Der zeigt sich diesmal darin, daß es dem Belieben Mc Kinleys angehängelt werden soll, ohne weiter den Kongress zu fragen, zu entscheiden, wie groß die Armee sein solle, wenn er sich dabei nur innerhalb der Grenzen von 60 000—100 000 Mann hält. (Vor dem spanischen Kriege betrug die stehende Armee der Vereinigten Staaten 25 000 Mann.) Abgesehen nun davon, daß eine solche Machtvollkommenheit wohl kaum irgend einem sogenannten konstitutionellen Monarchen zugestanden wird, ist die Täuschung beabsichtigt, als ob man doch möglicherweise sich zunächst mit der kleineren Zahl begnügen werde, so daß der Sprung von dem früheren Status zu dem jetzigen nicht so groß erscheint. Nun haben wir aber jetzt über 70 000 Mann allein in den Philippinen stehen, und in diesem Augenblick kommt die Nachricht aus Washington, daß man von der beabsichtigten Zurückberufung der Freiwilligen, welche die Geschichte herzlich satt haben, Abstand nehmen wolle, weil man

dieselben vorläufig nicht entbehren können. Man kann sich also denken, daß der Präsident gar nicht in der Lage ist, eine kleinere Truppenzahl als mindestens 80 000 Mann auf den Weinen zu halten; und selbst diese Zahl wird rasch genug überschritten werden.

Der zweite Schlag, der aus „patriotischen“ Rücksichten für das Land geführt wurde, ist die tatsächliche Aufhebung des Clayton-Bulwer-Vertrags, durch welchen zwischen England und den Vereinigten Staaten vereinbart worden war, unter welchen Bedingungen der Nicaragua-Kanal, welcher bestimmt ist, den Atlantischen mit dem Pacifischen Ocean zu verbinden, gebaut und beaufsichtigt werden soll. Die hauptsächlichsten Bestimmungen, um welche es sich da handelt, betreffen die Einladung an alle andern Mächte, für die Neutralität des Kanals einzustehen, und ferner den Zusatz, daß derselbe in keiner Weise besetzt werden sollte. Der Kongreß hat nun, in der Form eines neuen Vertrags-Entwurfs, die Einladung an die andern Mächte überhaupt gestrichen und die Befestigungsfrage dahin amendiert, daß es der amerikanischen Regierung gestattet werde, irgend etwas zu thun, das ihr zur Sicherheit des Lands, durch welchen der Kanal fließt, und zur Aufrechterhaltung der Ordnung dort nötig ist, nur daß es ihr nicht erlaubt sein soll, permanente Befestigungen zur Verteidigung des Kanals zu errichten. Dieser Vertragsentwurf, vom Präsidenten unterzeichnet, schwimmt bereits als Reusjagat in England auf dem Ocean. Es liegt auf der Hand, daß mit Annahme dieses Vertrags der Kanal vollständig der Herrschaft der Vereinigten Staaten anheimfällt. Man erwartet daher auch nicht, daß England seine Zustimmung zu der Aufhebung des alten Vertrags geben werde. Wenn es aber glaubt, daß damit die Geschichte zu Ende sei, so kennt es seine amerikanischen Vettern schlecht. Vertrag hin, Vertrag her. Wozu hätten wir denn, wenn es durchaus nicht anders geht, die berühmte „Mouroe“-Doktrin, wonach europäische Mächte sich überhaupt nicht in amerikanischen Verhältnisse zu mischen haben?! Uebrigens giebt es im Kongreß mit Bezug auf diesen Punkt kaum Partei-Unterschiede; die Demokraten gebärden sich ebenso mordspatriotisch, wie die Republikaner. Und was den Bau des Kanals selbst betrifft, so ist dieser ein so ungeheurer „Job“ (Geschäft), daß genug dabei abfallen wird, um auch die Mäuler der Unzufriedenen zu stopfen.

Ob das so leicht mit dem Schiffeunterstützungs-Gesetzentwurf gehen wird, welcher Senator Mark Hanna, den zweiten Eisen-Monopolisten und die Macht hinter dem Throne Mor Kinkels zum Vater hat, bleibt abzuwarten. Dieser Entwurf, welcher seinen Ursprung natürlich ebenfalls rein „patriotischen“ Motiven verdankt, verlangt, daß die Regierung während 20 Jahren je 9 Millionen, im ganzen also die Kleinigkeit von 180 Mill. Dollar an Schiffseigner zahle, deren Fahrzeuge zum auswärtigen Handel verwandt werden. Diese Prämie soll je nach der Tonnenzahl verteilt werden. Nun machen aber unsere Schiffseigner schon jetzt große Profite und die amerikanischen Schiffsbauer können schon heute jede fremde Konkurrenz mit Leichtigkeit unterbieten, so daß diese 180 Millionen-Subsidie von keinem Gesichtspunkt aus gerechtfertigt erscheint. Ihre Durchführung wäre also im günstigsten Fall eine nutzlose Verschwendung öffentlicher Gelder, im schlimmsten — und das ist das wahrscheinlichere — ein Zuschuß der Staatsfinanzen zum Zweck der Erhöhung privaten Profits. Der Kampf um das Gesetz wird ein heißer werden, aber der „Patriotismus“ Mark Hannas wird doch wohl schließlich siegen.

Und weil wir schon einmal dabei sind, die Lage unserer Mitbürger an der Spitze der Regierung und der Geschäfte zu verbessern, ist soeben ein Gesetzentwurf eingebracht worden, wonach das Jahresgehalt des Vice-Gouverneurs (Roosevelt) von 8000 Dollar auf 25 000 Dollar und das der Minister, welche bis jetzt auch nur 8000 Dollar erhielten, auf 15 000 Dollar erhöht werden soll. Angesichts der Summen, mit welchen wir in unjeren verschiedenen Budgets herauszugeben gewohnt sind, laum der Rede wert, um sich darüber aufzuhalten. Nur die Tendenz in allen diesen Maßregeln ist bemerkenswert. —

Frankreich.

Die Kammer wird am 14. Januar die Beratung über das Genossenschaftsgesetz beginnen. Die allgemeine Diskussion wird fünf oder sechs Sitzungen in Anspruch nehmen. Wie lange die Beratung der einzelnen Artikel dauern wird, kann noch nicht festgestellt werden, da das Centrum und die Rechte entschlossen sind, Opposition zu machen, um die Vertagung zu erwirken oder das votum so lange wie möglich hinauszuziehen. —

Der aus Rom hier eingetroffene Bischof von Belling, Zavier, dementiert, daß er mit einer päpstlichen Mission bei der französischen Regierung beauftragt sei. Der Papst hegte gegen Frankreich die beste Gesinnung; er sei überzeugt, daß die französische Regierung keine Maßregeln treffen würde, die ihn verletzen könnten. Selbst wenn das Vereinsgesetz angenommen würde, würde der Papst die Beziehungen zu Frankreich nicht abbrechen, und er werde auch Frankreich nicht das Protokoll über die katholischen Christen in Ostasien entziehen.

Italien.

Ueber die Ergänzungswahlen, die am Sonntag in 16 Wahlbezirken stattfanden, berichtet das Bolifische Depeschembureau, daß nach den bis jetzt bekannt gewordenen Wahlergebnissen 9 Konstitutionelle und 4 Radikale gewählt worden seien. Nach einem andern Telegramm soll in Mailand der Socialist Cabrini gewählt worden sein. —

Rußland.

Zum Minister des Auswärtigen wurde der bisherige Hofmeister Graf Lambsdorf ernannt, der bereits seit einiger Zeit Verweser dieses Ministeriums war. —

Der sensationelle Prozeß gegen die Sektierer ist nunmehr zu Ende geführt. Es waren 100 Personen angeklagt, welche den Versammlungen der Stundenisten beigewohnt hatten. Nach einer glänzenden Verteidigung unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit wurden vier Führer zur Deportation nach Sibirien verurteilt. Das Verdict erregt in liberalen und lutherischen Kreisen höchste Entrüstung.

Türkei.

Ueber Bedrohungen der Armenier wird der „Frankf. Zig.“ aus Genua gemeldet, daß in Antab, nördlich von Aleppo, Schrecken herrscht, da die Türken Reheleien vorbereiten. Enis-Pascha bewaffnete die muslimanische Bevölkerung von Antab, südlich von Antab. Die Lage der Armenier sei eine verzweifelte und schleunige Hilfe sei dringend nötig. —

Der Boeren-Krieg.

Eine englische Schlapppe.

Lord Kitchener meldet aus Pretoria vom 6. Januar: In Deibron (Debron?) angekommene Boer- und Edele berichten, daß eine zu General Knog gehörende Abteilung von 120 Mann bei Vindley in ein Gefecht mit einer stärkeren feindlichen Abteilung verwickelt wurde. Oberstleutnant Laing, 2 Offiziere und 15 Mann sind tot, 2 Offiziere und 20 Mann verwundet.

Die betreffende englische Abteilung muß danach völlig aufgegeben worden sein.

Um die bittere Wille dieser Niederlage im Oranjesfreestaat zu versüßen, meldet Kitchener gleichzeitig einen im Norden der Kapkolonie errungenen angeblichen englischen Erfolg. Oberst Wabington hatte ein Gefecht mit den Kommandos

DeLarens und Steenkamps bei Raapoort. Der Feind, dessen Verluste auf 20 Tote und Verwundete geschätzt werden, wurde gezwungen, sich nach Nordwesten zurückzuziehen. Kommandant Duprez ist gefangen. Die britischen Verluste sind noch nicht bekannt.

Da der Boerenverlust auf englischer Schätzung beruht, wird er eher übertrieben, als zu gering angegeben sein. Wohl aber darf man vermuten, daß der englische Verlust kein ganz minimaler ist, da die Engländer ihn noch nicht genau zu ermitteln vermochten oder aber — nicht ermitteln wollten.

Weiterer Vormarsch auf Kapstadt.

Die Londoner Morgenblätter stellen fest, daß die Lage in der Kapkolonie sich bedeutend verschlimmert habe. Ein Boerenkommando von 200 Mann ist in der Gegend der Piquetteberge, die nur 50 Meilen von Kapstadt entfernt sind, in die Kolonie eingedrungen. Ein weiteres Kommando ist über den Oranjeffluß in die Kapkolonie eingedrungen.

Das westliche Kommando wird in Calvinia erwartet. Es gilt als gewiß, daß das Staudrecht in Kapstadt verhängt wird. Die Notwendigkeit unverzüglicher Entsendung ansehnlicher Verstärkungen sei niemals dringlicher gewesen als jetzt da 90 000 Mann zum Schutz der Verbindungslinien erforderlich sind, muß Lord Kitchener weitere 60 000 Mann unabhängig von den in Südafrika rekrutierten Streitkräften erhalten.

Die Boeren sind also bereits bis in die nächste Nachbarschaft Kapstadts vorgedrungen. Ihr rascher Vormarsch und die Benutzung der bequemsten Pässe beweist, daß ihren Operationen von den Kapkolonierern aller Vorkub geleistet wird. Wahrscheinlich befinden sich sogar die durchgezogenen Distrikte in hellem Aufbruch, da sonst das rasche Vordringen kleiner Boerenkolonnen doch allzu wahrhaftig erscheinen müßte.

In Kapstadt ist bereits die Bürgerwehr unter die Waffen gerufen worden. Dieselbe soll unabhängig von den Truppen — die einzuweilen nicht vorhanden sind — die Verteidigung der Kolonie übernehmen. Allzu großartige Erfolge wird sie jedenfalls nicht erringen.

Etwas komisch nimmt es sich aus, daß gerade jetzt Sir Alfred Milner zum

Gouverneur von Transvaal und dem Oranjesfreestaat ernannt worden ist. Daß dieser Akt, den bei den Afrikanern als Chamberlains Kreatur besonders verhassten Mann zum Gouverneur der beiden Boerenrepubliken zu ernennen, gerade in der gegenwärtigen mehr als kritischen Situation besonders klug gewesen wäre, wird man kaum behaupten können.

General Buller matt gefeßt?

Die in Lourenço Marques erscheinende Zeitung „O Portuguez“ erklärt in der Nummer vom 21. November, daß sie dem Gerücht, als hätte sie die Aufforderung erhalten, ein Kompromiß zwischen De Wet und Buller zu veröffentlichen, nicht zu widersprechen wünsche. Dieses Kompromiß soll nach „O Portuguez“ darin bestanden haben, daß Buller auf Ehrenwort versprochen, sich nicht mehr an Kriege wider die Boeren zu beteiligen. Damit hat sich das frühere Gerücht bestätigt, daß die Boeren General Buller gefangen genommen, ihn jedoch, nachdem er das in Rede stehende Schriftstück unterzeichnet, wieder frei gelassen hätten. General De Wet habe Bullers Ordenszeichen behalten. Das Blatt hat das Dokument nicht veröffentlicht, weil daraus möglicherweise allerlei Unannehmlichkeiten für die portugiesische Regierung entstehen könnten.

Den Charakter und die Aussichten des Krieges schildert ein Witter November aus Südafrika Abgereisener, aus Hartmann bei Danzig gebürtiger Boerenkämpfer folgendermaßen:

„Das Boerenheer — so teilt er uns mit — ist über den ganzen Kriegsschauplatz in Abteilungen von 20 bis 300 Mann zerstreut, die sich notigenfalls sofort zu stärkeren Kommandos vereinigen können. Eine solche Konzentration erfolgt so schnell, daß die britischen Führer fast niemals über die Stärke und Stellung ihrer Gegner genau unterrichtet sind, wie das ja auch aus ihren einander oft widersprechenden Meldungen hervorgeht. Die gesamte Kriegsführung der Boeren geht darauf aus, die Engländer fortwährend zu täuschen und zu ermüden; — die Absicht haben sie in den nun 15 Monate dauernden Kämpfen gründlich erreicht, und die Engländer sind des Krieges herzlich überdrüssig.“

Schon als ich Mitte November Transvaal verließ, beschränkten sich die Briten auf die Bewachung der Eisenbahnlücken, die trotz dem fortwährend von den Boeren zerstört und außer Betrieb gesetzt wurden. Die Art, wie dies geschieht, ist, wenn nicht weisere Mittel vorhanden sind, sehr einfach. Nachdem die Schiene so viel wie möglich gelodert ist, wird eine Kette oder ein Tau daran befestigt, dann werden mehrere Löhnen vorgepannt und bald ist die Schiene losgerissen. Diese Methode hat den Vorteil, daß sie kein lautes Geräusch verursacht und von den kleinsten Boerenabteilungen ausgeführt werden kann.

Eine Hauptursache der leichten Beweglichkeit der Boeren ist ihr vorzügliches Pferdmaterial, fast lauter Safutoponies, während die schwerfälligen britischen Gänule, die infolge des schlechten Eigens der Reiter fast durchweg gedreht, leicht ermüden. So wie eine Boerenabteilung Markt macht, werden Baum und Sattelzeug abgenommen und der Gaul wird sich selbst überlassen, damit er sich sein Futter, meist Gras, suche; er ist an kein andres Futter gewöhnt, während das schwere englische Pferd ohne Hafer und Mais auf die Dauer verliert. Wird von neuem aufgebrochen, so genügt ein Pfiff, und sämtliche grasende Pferde kehren nach dem Lager zurück.

Die englischen Soldaten sind über die Art der Kriegsführung und besonders der Verpflegung sehr unzufrieden, da sich die Offiziere mit dem Besten versehen und den Mannschaften verzweifelt wenig übrig lassen. Es ist den Offizieren oft nicht möglich, die ermüdeten und unwilligen Soldaten zum Vorgehen zu bewegen, und in manchen Truppenteilen macht sich ein bedenklicher Geist der Insubordination geltend. Auch trägt der Umstand, daß die Jeomanry, die meist aus wohlhabenden Leuten besteht, in allem bevorzugt wird und selten an den Feind kommt, nicht gerade dazu bei, die Stimmung der andern Truppenteile zu heben.

Jeder Boer ist jetzt mehr als einmal überzeugt, daß der Krieg nicht eher beendet sein wird, als bis der letzte Brit aus dem Lande getrieben ist.

Die Boeren sind reichlich mit Munition und Waffen versehen, die so in den Bergen versteckt sind, daß die Engländer sie nicht finden können, ohne Gefahr zu laufen, gefangen zu werden. Der Umstand, daß die Boeren die britischen Gefangenen stets wieder frei lassen, ist kein so großer Nachteil, wie man allgemein anzunehmen geneigt ist; diese Gefangenen werden um ihre Pferde, Waffen und Munition erleichtert und sind in der Regel derartig verunglückt, daß sie den Boeren nicht so leicht wieder in die Quere kommen.

Partei-Nachrichten.

Wahlerfolge in Dänemark. Im November und Dezember vorigen Jahres fanden die Gemeinderatswahlen in einer Hälfte der Landkommunen statt. (In der andern Hälfte wählen nur die Höchstbestenerten.) Bei diesen Wahlen wurden 170 Socialdemokraten gewählt (gegen 30 bei den vorhergehenden Wahlen im Jahre 1894).

Außerdem hatte die Socialdemokratie im Jahre 1900 noch folgende Erfolge zu verzeichnen:

Bei den Stadtratswahlen, die anfangs des Jahres stattfanden, siegte unsere Partei nahezu in allen größeren Landstädten und in einer Reihe kleinerer. Es wurden 56 Socialdemokraten gewählt (gegen 10 im Jahre 1894).

Im März wurden bei den Stadtverordneten-Wahlen in Kopenhagen vier Socialdemokraten neugewählt und einer wiedergewählt. In mehreren andern Städten und bei einigen kommunalen Ergänzungswahlen wurden 74 socialdemokratische Vertreter gewählt.

Beim Beginn des Jahres hatte die Partei 280 kommunale Mandate. Am Ende des Jahres: 556. Die Zahl der Socialdemokraten in den Gemeindevertretungen ist also im Lauf des Jahres auf über das Doppelte gestiegen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— In einem Ermittlungsverfahren gegen „Unbekannt“ wurde in Hannover Genosse Rauch, der Redacteur unfres dortigen Parteiblatts, vor dem Untersuchungsrichter unter Eid vernommen. Es handelt sich um die Ermittlung derjenigen Person, die im Oktober, als der Kaiser in Hildesheim war, dem Blatte die zur Sicherheit des Kaiserpaars getroffenen polizeilichen Maßregeln mitteilte, die das Blatt veröffentlichte.

— Genosse Haber in Stettin, Redacteur des „Volkboten“, wurde wegen Verleumdung in zwei Fällen zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

— Wegen Verleumdung eines Steinbruchbesizers war seiner Zeit der Genosse Matthies in Ebingen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Verleumdung wurde in einem Artikel des „Landboten“, eines Kopfbatts des Braunschweiger „Volkfreund“, gefunden, den Matthies verfaßt hatte. Gegen den mit angeklagten Redacteur Heymann aus Braunschweig war das Verfahren eingestellt worden, weil der Straf Antrag gegen ihn nur eventualetzt gestellt war. Das Reichsgericht hatte das Urteil im vollen Umfange aufgehoben. Bei der neuen Verhandlung vor der Strafkammer in Halberstadt wurde Matthies wieder zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, Heymann aber ausdrücklich freigesprochen, weil er den Nachweis seiner Schuldlosigkeit erbracht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Schwarze Listen einzuführen hat bekanntlich der Vorstand der hiesigen Tischler-Zwangs-Zunung beschlossen. Zu diesem Zweck hat er jetzt gedruckte Vorkarten an die Innungsmeister verteilen lassen, welche von diesen ausgefüllt und mit den Namen, Wohnung und Nummer derjenigen Gesellen versehen, welche ihre in Accord übernommene Arbeit unfertig verlassen haben, dem Innungsbureau zugefandt werden sollen. Ob der den betreffenden Arbeitern gebotene Accordpreis eine Fertigstellung der Arbeit überhaupt ermöglicht, wenn der Geselle dabei einen auskömmlichen Lohn erreichen will, danach wird nicht gefragt. Auch eine Art Spitzdienst will die Innung organisieren. Außer oben genannten Vorkarten hat sie noch Formulare verteilen lassen, welche sich die Meister gegenseitig zu senden sollen, wenn ein Geselle bei ihnen aufhört bezw. in Arbeit tritt. Auf diesen Formularen soll angegeben werden, ob der Geselle seine Arbeit ordnungsmäßig fertiggestellt oder liegen gelassen; wie viel er pro Tag im Lohn oder Accord verdient hat; ob er sich für Vorkarbeiten (einfache oder bessere) für Möbel- oder polierte Arbeiten eignet und ob er im Stande ist, nach Zeichnung zu arbeiten.

Nach dem, was die Tischler-Zwangs-Zunung bisher geleistet hat, zu urteilen, scheint sie als den einzigen Zweck ihrer Thätigkeit die Chikanierung und Erbitterung der Gesellen zu betrachten. Den Mißständen im Handwerk, zum Beispiel den argen Umständen im Submissions- und Belegungs-wesen, dem Schwandel in der Möbelindustrie und der Konkurrenz der Gesangsarbeit gegenüber verhielt sie sich bisher taub und blind. — Jetzt agitiert der Herr Obermeister Rahardt wieder eifrig für den Anschluß der hiesigen Tischlermeister an den neu gegründeten „Schuerverband“, der sich über ganz Deutschland erstrecken und seine Thätigkeit gegen die Streiks der Gesellen entfalten soll. — Nun, Herr Rahardt muß doch für seine jährliche Entschädigung von 2800 M. etwas thun! Die Thätigkeit in seiner Werkstatt scheint ihn nicht sehr in Anspruch zu nehmen, dazu hat er ja seine Gesellen.

Deutsches Reich.

Der Streik der Arbeiter der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik vom A. Lehnig in Bessan dauert unverändert fort! Die Streikenden haben aber das Fest der christlichen Nächstenliebe hinüber tapfer ausgehalten. Es sind jetzt etwa 30 Arbeitswillige weniger als vor Weihnachten. Die landwirtschaftlichen Maschinenindustrie muß ihre Lieferungen bis Ende Januar, Anfang Februar verzögern, und so hoffen die Streikenden jetzt mehr denn je auf den endlichen Sieg. Vorbedingung ist freilich, daß der Zugzug von außerhalb nun strikte fern gehalten wird. Um Nachdruck wird gebeten.

In der alten Bierstadt Kulmbach sind die Branerarbeiten in eine Lohnbewegung eingetreten, bei der etwa 1000 Arbeiter in Betracht kommen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind dort teilweise noch so rückständiger Natur, daß eine Verbesserung dringend notwendig erscheint. Durch regen von Kulmbach angebotene Organisation ist es gelungen, den größten Teil der Kulmbacher Brauer in der Organisation zu vereinigen. In einer öffentlichen Versammlung wurde nunmehr über die zu stellenden Forderungen beraten. Dabei ereignete sich das in Bayern Unerhörte, daß der Bürgermeister zu dieser Versammlung den Saal des städtischen Vereinshauses überließ! Es wurde in der außerordentlich stark besuchten Versammlung einstimmig beschlossen, folgende Forderungen an die Unternehmer zu stellen:

1. Anerkennung der Organisation.
2. Regelmäßige Arbeitszeit in 12stündiger Schicht, Sonntagarbeit ist im Prinzip ausgeschlossen.
3. Wochenlohn von 20 M. für Mäler, Brauer etc., von 18 M. für Hilfsarbeiter, Bezahlung der Ueberstunden mit 40, Sonntags 50 Pf. für gelernte Arbeiter, 30 resp. 40 Pf. für Hilfsarbeiter.
4. Täglich fünf Liter Freibier oder wöchentlich 5 M. Lohnzuschlag.
5. Errichtung eines von beiden Teilen geleiteten Arbeitsnachweises.
6. Errichtung eines unparteiischen Schiedsgerichts.
7. Die Kosten der beiden letzteren Institute tragen beide Teile gleichheitlich.

Diese Forderungen sollen nötigenfalls mit Hilfe des Streiks durchgeführt werden. Es wird gebeten, schon jetzt den Zugzug fernzuhalten.

Der „unbegrenzte Personenkreis“. Mit der Lösung der tiefstimmigen juristischen Frage, ob die Abkommen eines Gewerkschaftsblatts ein begrenzter oder unbegrenzter Personenkreis sind, beschäftigt sich dieser Tage das Kammergericht. Die Verp- und Hüttenarbeiter-Vereinigung“ hatte i. R. einen Aufruf zur Unterstützung der gemäßigten sächsischen Bergarbeiter veröffentlicht und ihre Kolporteurs zur Entgegennahme von Geldbeträgen ermächtigt. So hatte auch in Lawabütte (Oberlausitz) der Kolporteur Schwied von den Abkommen (die zugleich Verbandsmitglieder sind) keine Beträge für die sächsischen Kollegen erhalten, diese in eine Liste eingetragen und Geld und Liste an die Expedition der „Berg- und Hüttenarbeiter-Vereinigung“ übersandt. Darin sah das Schöffengericht in Rattow eine ohne obrigkeitliche Genehmigung veranstaltete öffentliche Kollekte und verurteilte den Kolporteur zu 15 Mark Geldstrafe. Die Verurteilung gegen das Urteil wurde vom Landgericht Beuthen verworfen und ebenso hat nun dieser Tage der Strafsenat des Kammergerichts die Revision zurückgewiesen. Der höchste preussische Gerichtshof nahm entsprechend der Auffassung des Landgerichts Beuthen an, daß die Leser oder Abkommen eines Verbandsorgans auch dann, wenn sie lediglich aus Mitgliedern dieses Verbands bestehen, als ein unbegrenzter Personenkreis anzusehen seien, womit die Öffentlichkeit der unter den Mitgliedern bezw. Abkommen veranstalteten Kollekte hinreichend festgelegt sei.

Ausland.

Der Ausstand im Bräger Bergrevier scheint weitere Ausdehnung anzunehmen; die Zahl der Streikenden beläuft sich jetzt auf 450. Ein großer Teil der Bergleute streikt nicht, sondern macht den Arbeitstag dadurch zu erzwingen, daß er eine Stunde früher die Arbeit niederlegt und dann am Förderer eine Stunde unthätig verharret. Die Forderungen der Bergleute umfassen folgende Punkte: 1. Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit für die über und unter Tag Arbeitenden; 2. 20 Prozent Lohnerhöhung; 3. einen Minimallohn von 4 Kronen; 4. mögliche Auszahlung; 5. freie Heizung, Beleuchtung und Brennmaterialien.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit—Lohnrückerei. Sehr oft ist darauf hingewiesen worden, daß die Vermehrung der weiblichen Arbeiter nicht immer eine Zunahme der Arbeitsgelegenheit bedeutet. Leider ist nur zu häufig die Verdrängung besser bezahlter männlicher Arbeiter die Ursache, was vom Standpunkt der Arbeiterklasse nur beklagt werden kann. Ein Beispiel dieser Art bietet die Militär-Konkurrenzfabrik in Mainz, welche auch sonst viele Frauen beschäftigt, zum Beispiel als Saison-Arbeiterinnen in der Einmachzeit für Gemüse. Seit einiger Zeit wird aber auch das Verdien von Bleichwäscherinnen von Frauen besorgt. Früher fanden dabei mindestens 50 Klempner Arbeit; jetzt sind deren nur zwei, welche die arbeitenden Mädchen anweisen und überwachen. Sogar die Messergesellen sind zum guten Teil durch Frauen ersetzt. Nur das Schlachten selbst besorgen die Männer, die weitere Zubereitung ist zur Frauenarbeit geworden. Freigewerbe wäre es aber zu glauben, daß nur in Mainz derartige Einrichtungen bestehen. Auch in der Spandauer Konkurrenzfabrik—gleichfalls Staatsbetrieb—hat die weibliche Arbeit die männliche zum großen Teil verdrängt; auch hier arbeiten die Frauen billiger—zu billig.

Nicht das Recht auf Arbeit soll der Frau gekürzt werden, wohl aber die Möglichkeit auf Unterbietung und Lohnrückerei. Es gilt die Frau zu überzeugen, daß sie damit nur der Gabel oder Sparstich des Unternehmers Vorschub leistet und keineswegs den eignen Vorteil wahrt. Die schwere, ungenügend entlohnte Arbeit zehrt ihre Kräfte auf und schädigt nicht nur sie selbst, sondern auch das kommende Geschlecht an Lebensfreude und Blut, an Frische und Gesundheit in unüberwindlicher Weise.

Sociales.

Fortgewährung des Lohns bei Arbeitsunterbrechungen.

Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten (Eisenbahnminister) erläßt für seinen Geschäftskreis eine Verfügung, die sich mit dem § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs beschäftigt. Nach dieser Verfügung soll in der Regel das Arbeitsverhältnis durch Vertrag „anderweit“ geregelt und dabei der Grundsatz festgehalten werden, daß nur für wirklich geleistete Arbeit Lohn bewilligt wird.“ Es soll jedoch erwogen werden, „inwieweit der Absicht des § 618 entsprechend in einzelnen genauer festzustellenden Fällen unverschuldeter persönlicher Verhinderung der Lohn fortzugewährt sein wird.“ Zu diesem Zwecke werden noch einer von den beteiligten Ressorts getroffenen Vereinbarungen Ermittlungen über davon zu erwartende Kosten angeordnet. Die Ermittlungen sollen sich erstrecken:

1. auf die Kosten, welche entstehen würden, wenn der Lohn a) bei militärischen Übungen von nicht mehr als vierzehntägiger Dauer für die ganze Dauer der Übung; b) außerdem bei längerer Übung für die Dauer von 14 Tagen an diejenigen eingezogenen Arbeiter fortbezahlt würde, die mindestens ein Jahr im Dienste der Verwaltung beschäftigt und verheiratet oder ausschließlich oder überwiegend Ernährer von Angehörigen sind. (Von den Kosten zu a und b sind jedoch die Beträge in Abzug zu bringen, die aus Grund des Gesetzes vom 10. Mai 1892 an die Familien der eingezogenen Mannschaften gezahlt werden);
2. auf die Kosten der Fortgewährung des Lohns an alle Arbeiter für die Zeit der Teilnahme an den Kontrollversammlungen und der Bestellung zur Ansetzung und Musterung;
3. auf die Lohnvergütung bei Unterbrechung der Arbeit durch die Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten; insbesondere durch Heranziehung zum Schützen- und Gewehrdienst, sowie zum Feuerlöschdienst auf Grund öffentlicher Verpflichtung, und durch Teilnahme an den Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen;
4. auf die Fortgewährung des Lohns bei der Beurlaubung von älteren Arbeitern behufs Erledigung dringlicher persönlicher Angelegenheiten, z. B. bei Sterbefällen, Geburten, Eheschließungen und sonstigen besonderen Ereignissen für einen Zeitraum bis zu drei Tagen.

Wir wollen hoffen, daß der Schluß der großen Ermittlungaktion nicht der ist, bei den entstehenden Kosten könne man sich nicht darauf einlassen.

Kommunales.

Die städtische Verkehrsdeputation erhielt bei ihrer gestrigen Sitzung die Mitteilung, daß Oberbürgermeister Kirchner den Vorsitz der Deputation an den Syndikus Reubrink abgetreten und zu neuen Mitgliedern die Stadträte von Friedberg und Böhm—letzteren zur Vertretung des erkrankten Stadtrat Kochham—ernannt hat.

Die Deputation übertrug die Bearbeitung des Plans und den Betrieb der in Angriff zu nehmenden neuen städtischen Straßenbahnlinien einem Sonderausschuß bestehend aus den Stadträten Reubrink und Krause, dem Magistratskassier Alberti, den Stadtvorordneten Dinske, Eymann, Jacoby und Singer. Der Ausschuß hat die Pflicht, sich bei seinen Beschüssen und Anordnungen in steter Fühlung mit der Deputation zu halten. Seine Tätigkeit ist auf Anlage und Betrieb der eignen Linien beschränkt, während alle übrigen einschlägigen Aufgaben nach wie vor im Decernat oder im Plenum der Verkehrsdeputation, welche monatlich mindestens einmal tagt, bearbeitet werden.

In der weiteren sich an die Organisationsbeschlüsse anknüpfenden Verhandlung wurde der Etat für den Hafen am Urban pro 1. April 1901/2 in Einnahme auf 81 750 M. und in Ausgabe auf 14 188 M. festgesetzt.

Nach einer vorläufigen Kostenberechnung belaufen sich die Gesamtkosten der Hafenanlage am Urban auf 2 227 901 M., wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß durch die Anlage der den Hafen umgebenden Straßen das Steindepot-Grundstück am Urban einen sehr erheblichen Flächenzuwachs erhalten hat, der, dem Hafenaufwandskonto zu gute gerechnet, die Anlagekosten bedeutend herabmindern würde.

Der Tarif für den städtischen Hafen am Urban für Lösung oder Ladung, für Benutzung eines Kranes, für Benutzung der Brückenwaage im Hafen, und für Lagergeld, ist von der Verkehrsdeputation im Juli v. J. festgestellt worden und hat die Zustimmung des Ministers der öffentlichen Arbeiten sowie des Finanz- und des Ministers für Handel und Gewerbe gefunden.

Die Deputation beschloß, mit dem Polizeipräsidenten Schlemmigt in Verhandlung zu treten zwecks Maßnahmen, die eine Verhütung der auf den Strecken der Berliner Straßenbahnen vorkommenden häufigen Unfälle herbeizuführen geeignet sind. Konstatiert wurde hierbei ausdrücklich, daß die Verkehrsdeputation bei dieser Angelegenheit nur wachend und beratend wirken könne, da für Anordnung und Überwachung der Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen das Polizeipräsidentium allein zuständig ist.

Die im Betriebe der Großen Straßenbahn am 1. d. M. in Kraft getretenen Preise für die Zeitkarten werden von der Deputation als zu hoch angesehen. Es sollen mit der Gesellschaft kommissarische Verhandlungen zum Zweck der Herabsetzung der Abonnementspreise eingeleitet werden.

Aus Anlaß eines früheren Beschlusses der Deputation hat die Große Straßenbahngesellschaft die von der Deputation gewünschte schnellere Wagenfolge auf der Linie Moritzplatz—Central-Biehnhof eingeführt und die Linie Schöneberg—Schleisschen Thor, welche früher bis Treptow ging, jetzt bis zur Schleisschen Brücke verlängert.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen (Siemens u. Halske, Hochbahn) hatte beantragt, ihr die Genehmigung zu erteilen, die in den Bauwerken der Hochbahn verfügbaren Räume zu vermieten. Es handelt sich um den Bahnhof am Schleisschen Thor und um die Diabuldbögen an der Barfäuer Brücke. Durch den Vertrag mit Siemens u. Halske sind der Firma städtischerseits Grundstücke für den Bahnbau und Zubehör—also Bahnhöfe, Wärfelhäuser, Aborte usw.—zur Verfügung gestellt. Die Gesellschaft will nun jedoch Räume zu Restaurations- und Industrie- bezw. Handelszwecken vermieten und besondere Einnahmen hieraus ziehen.

Die Deputation beschloß die Genehmigung zwar zu erteilen, indes nur unter der Bedingung, daß von diesen Mietereinnahmen dieselbe Abgabe gezahlt wird, wie für Einnahmen aus dem Transport von Gütern und Personen vertragmäßig festgesetzt ist.

Die Große Straßenbahn-Gesellschaft hat einen Gemeinschaftsbetrieb mit der Westlichen Berliner Vorort-Gesellschaft eingerichtet und will ihre Linie Frankfurter Allee—Großgörschenstraße bis nach Schöneberg hineinverlängern.

Die Deputation beschloß, die Angelegenheit in kommissarischer Beratung mit der Gesellschaft vorprüfen zu lassen. Der Uebelstand soll zur Erörterung gelangen, daß die Wagen der Vorortlinien meist schon an der Weichbildgrenze Berlins voll besetzt sind, so daß diese Linien für die Berliner Interessenten nicht ausreichend fruchtbar gemacht werden können. Wenn—was befürwortet wurde—der beantragten Verlängerung der Linie zugestimmt werde, so müßte eine Einsegleise, von der Großgörschenstraße anfangend, geschaffen werden, damit diese Strecke dem Berliner Publikum ebenfalls zu gute kommt.

Ebenso verhält es sich mit andern Linien, die über den Potsdamerplatz hinausgehen. Auch hier wurde empfohlen, Einsegleisen—am Potsdamerthor beginnend—vorzusehen. Die Deputation hofft, in den kommissarischen Verhandlungen zu einem Ausgleich der in Frage stehenden Interessen zu gelangen.

Die Beratung des Projekts zum Bau des Nordkanals wurde der vorgerückten Zeit wegen bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Versammlungen.

Die christlichen Gewerkschaftler Brust und Giesberts sprachen hier am Sonntag in einer öffentlichen Versammlung, die im Saale des Leoholplatzes tagte. Die Versammlung, die das Kartell der christlichen Gewerkschaften Berlins einberufen hatte, war von ungefähr 1000 Personen, in der Mehrzahl christlichen Arbeitern, besucht. Das Thema lautete: Christlich-paritätische Gewerkschaften. Der erste Referent, Herr Brust aus Altneuen, war sichtlich bemüht, Del auf die Wellen zu steigen, welche das bekannte Hirten Schreiben der preussischen Bischöfe im katholischen Lager erregt hat. Er verwahrte sich dagegen, daß er die Absicht habe oder je gehabt haben könne, die christlichen Arbeiter der Socialdemokratie zuzuführen. Seine Ausführungen auf dem Frankfurter Kongreß der christlichen Gewerkschaften seien von der „Frankf. Rp.“ unrichtig wiedergegeben worden. Er habe nicht gesagt, daß Christentum, sondern die Erörterung des Christentums habe mit den Gewerkschaften nichts zu thun. Der unzutreffende Feindberichts habe nun der „Germania“ Veranlassung zu ihren Aneinander auf die christlichen Gewerkschaften gegeben, er sei auch die Ursache des Hirten Schreibens gewesen, mit dem sich der Redner völlig einverstanden erklärt bis auf den Passus, welcher sagt, die Fraktionen der katholischen Arbeitervereine seien ausreichend, um die wirtschaftlichen Interessen der katholischen Arbeiter zu wahren. Im großen ganzen geht die Ansicht des Herrn Brust dahin: Für die christlich-gewerkschaftlichen Arbeiter seien Gewerkschaften auf christlicher Grundlage haben, wir halten fest an den interkonfessionell-christlichen Gewerkschaften, und die neutralen, paritätischen Gewerkschaften sind unser Ziel. Weiter sagte Herr Brust, es sei nicht die Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, die Socialdemokratie zu bekämpfen. Daß sie aber die Socialdemokraten aus ihren Reihen ausschließen, das geschehe nur um des lieben Friedens willen. In praktischen Fragen könnten die christlichen mit den freien Gewerkschaften zusammengehen. Schließlich schloß Herr Brust auch den Schöndern des Klerus, den konfessionellen Vereinen, seine Freundschaft zu, wenn man aber von jener Seite die christlichen Gewerkschaften bekämpfen sollte, dann würden diese sich wehren.—Die Ausführungen des Herrn Giesberts bewegten sich in demselben Sinne, wie die des ersten Referenten. Besonders warnte er seine Berliner Genossinnen gegen die Gründung eines katholischen Gewerkschaftsbundes, die vielleicht, weil von hier aus die ganze Bewegung gegen die christlichen Gewerkschaften dirigiert werde, beabsichtigt werden könnte.—Hatten nun die Herren Brust und Giesberts seinen Zweifel darüber gelassen, daß es ihnen nicht einfallen, sich im Gegenatz zu dem hochwürdigsten Episkopat zu stellen, wenn sie auch das Recht für sich in Anspruch nahmen, als Praktiker in gewerkschaftlichen Fragen ihrer eignen Meinung zu folgen, so versicherte andererseits Kaplan Kournelle, der im Nebenamt Generalsekretär des Bundes der katholischen Arbeitervereine ist, daß auch die hochwürdigsten Bischöfe mit ihrem Hirtenbriefe gar nicht die Absicht gehabt hätten, die Tügel der christlichen Gewerkschaften zu stören. Redner versprach, dahin zu wirken, daß auch die katholischen Arbeitervereine jenen gewerkschaftlichen Gedanken annehmen. Vor allem—das war der Grundgedanke der weiteren Rede des Kaplans—haltet Euch von der Socialdemokratie fern, mit der dürft Ihr nicht in Verbindung kommen, darum haben Euch auch die Bischöfe in christlichem Geiste vor den neutralen Gewerkschaften bewahren wollen.—Baron v. Savigny, der die katholischen Arbeitervereine durch reiche Geldspenden gefördert und kürzlich eine Drohschüre gegen den von Brust vertretenen Standpunkt geschrieben hat, von dessen geistigen Fähigkeiten die christliche Arbeiterbewegung aber wohl kaum etwas zu hoffen noch zu fürchten hat, glaubt gleichfalls, daß er sich mit den Herren Brust und Giesberts werde verständigen können. Somit scheint also zwischen den christlichen Gewerkschaften und dem katholischen Klerus der Friede gesichert zu sein.—

Die große Mehrheit der Versammlung gab durch lebhaften Beifall ihr Einverständnis mit Brust und Giesberts zu erkennen. Herr Fischendörfer, der anerkannte, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung zur Zeit berechtigt sei, trat für die völlig neutrale Gewerkschaftsbewegung als zu erstrebendes Ziel ein.—Reben den Erörterungen über konfessionelle oder interkonfessionelle Gewerkschaften ging eine mitunter recht lebhaft geführte Debatte, in der einige unserer Parteigenossen, die für die freien Gewerkschaften und die weitergehenden Ziele der Arbeiterbewegung gegen die Anhänger der christlichen Gewerkschaften eintraten. Besonders war es Genosse Ritter, der in geschickter Polemik darauf hinwies, daß es den Christlichen ja doch nur darum zu thun sei, die christlichen Gewerkschaften für die politischen Zwecke der Centrumspartei zu benutzen.—Die Versammlung nahm zum Schluß eine Resolution für christlich-interkonfessionelle Gewerkschaften an.

Die Kohlenarbeiter hielten seit längerer Zeit am Sonntag wieder eine Versammlung ab. Paul Jahn referierte unter lebhaftem Beifall über die Kulturaufgaben des Socialismus“. Unter Gewerkschaftlichem wurde u. a. beschlossen, daß für die Monate Januar, Februar und März jeder Kohlenarbeiter Streikmarken zu haben hat, weil die mehrere Tausende von Mark betragenden Kosten der letzten Lohnbewegung noch nicht gedeckt sind. Um die Agitation unter den Kohlenarbeitern wieder neu zu beleben und rege zu halten, werden in jedem Monat Versammlungen mit belehrenden Vorträgen stattfinden, und zwar die nächste am Sonntag, 10. Februar d. J. Von einigen Rednern wurden die Mithände auf einzelnen Kohlenplätzen besprochen und zum Anschluß an die Organisation, des Verbands der Handelshilfsarbeiter, aufgefordert.

China.

Die Note ist noch immer nicht unterzeichnet worden. Ob sie überhaupt unterzeichnet werden wird? Li-Hung-Tschang ist wieder einmal erkrankt, und zwar soll sein Nächstfall ein ernstlicher sein. Jedenfalls hat die Krankheit das Gute für ihn, daß sie ihm Aufschub gewährt. Uebrigens behauptet eine englische Meldung aus Peking, daß der Botschafter Tschang-Tschang die beiden Friedensvermittler telegraphisch ersucht habe, die Note nicht zu unterzeichnen.

Englische Vozerkreise.

Nach Kooiljing, wo am 15. Dezember Ausschreitungen vorgekommen waren, war eine britische Strafexpedition unter dem Kommando des Obersten Tulloch geschickt worden. Die Expedition ist am 6. zurückgekehrt. Die Bewohner des Orts haben sich unterworfen, die Beamten waren vorher geflohen. Die Expedition beschlagnahmte eine Anzahl Waffen und zerstörte zur Strafe für die Ausschreitungen einen Tempel.

Eine Meuterei

soll nach einer Meldung des „Standard“ aus Shanghai, Berichten aus Singansu zufolge unter den 14 000 Mann starken Truppen Tzungshiang ausgebrochen sein, die sich bei Sujuentschau (Kauju) befanden. Wegen wen die Meuterei sich richtet, wird nicht gesagt.

Das russisch-chinesische Abkommen

beschäftigt nach wie vor lebhaft die englische Presse. Der Wiener Berichterstatter des „Daily Chron.“ drahtet aus angeblich vorzüglicher Petersburger Quelle: „Der russisch-chinesische Vertrag wurde von Herrn v. Giers und Li am 1. November 1900 unterzeichnet, mein Gewährsmann fügt hinzu, der Vertrag sei in erster Linie gegen England, aber hauptsächlich auch gegen alle andren Mächte gerichtet. Der wichtigste Punkt des Vertrags sei, daß Rußland sich verpflichtet habe, China vollen militärischen Beistand zu leisten gegen jede Macht, die irgend einen Teil Chinas angreifen sollte. In amtlichen Kreisen von Petersburg wird offen eingeräumt, die Befehung von Fengtien soll Rußland in den Stand setzen, die Aktion der Mächte genauer zu kontrollieren.“

Die „Rdn. Volksztg.“ meint, auch in Deutschland habe der Vertrag höchst peinlich berührt, trotz der Zurückhaltung der „wohl-ergorenen“ deutschen Presse und der offiziellen Darstellung, daß Rußland in keiner Weise gegen den deutsch-englischen Chinavertrag verstoßen habe. Die Dinge in China schienen sich trotz der fideles Neujahrstelegramms immer mehr zu verwickeln. Auch sei es sehr zu bemerken, daß in der sehr vorzüglich redigierten „gouvernementalen“ „Schleisschen Zeitung“ der Vorschlag gemacht worden sei, auch Italien zur Aufrechterhaltung des Bündnisses ein Stück des chinesischen Kusens zu schenken. Das wäre dann doch offenbar das Signal zur allgemeinen Aufteilung. Das Blatt schließt seine Chinabetrachtungen mit dem melancholischen Satz: „Wer findet den Ariadnefaden, der aus diesem Labyrinth herausführt? Zunächst muß mit China Frieden geschlossen werden; diese Aufgabe kann aber noch nicht als beendet erachtet werden, wenn die diplomatischen Vertreter ihren Namen unter ein Vertragsinstrument setzen, dem für „John Chinaman“ sind Versprechen und Halten zwei Begriffe, die mit einander nicht das mindeste zu thun haben. Selbst im günstigsten Fall steht aber noch die Hauptaufgabe aus: die Einigung der Mächte unter sich. Es wird einer ungewöhnlichen Gewandtheit und eines hohen Maßes von alseitigem guten Willen bedürfen, diese Hindernisse zu nehmen, so daß Herr v. Gardsen wohl recht haben kann, wenn er sagt: „Es muß einen Tags Kurzschnel geben.“

Auch ein russisch-persischer Vertrag?

Dem „Daily Telegraph“ zufolge soll Rußland gleichzeitig mit dem russisch-chinesischen Abkommen einen Vertrag mit Persien abgeschlossen haben, in welchem sich der Schah zur Neutralität verpflichtet, wenn Rußland in Asien in einen Krieg verwickelt werden sollte. Im Falle großer Notwendigkeit wird der Schah den Durchzug russischer Truppen durch Persien gestatten. England sollte, statt auf Deutschlands Gutmütigkeit, sich als Puffer gebrauchen zu lassen, allzu sehr zu bauen, lieber schleunigst mit den Boeren einen Frieden machen, um seine Position in Asien zu sichern.—

Teile Nachrichten und Depeschen.
Von den Reichrats-Stichwahlen in Oestreich liegen bisher folgende Nachrichten vor:
Wien, 7. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Unter enormer Beteiligung ging heute die Stichwahl zwischen dem Genossen Adler und dem Christlichsocialen Prochazka vor sich. Die Christlichsocialen griffen zu dem ihnen wohlbekanntem Rezept des Schwindels und allein durch Anwendung dieses Mittels gelang es ihnen, um den fast sicheren Sieg zu entreißen. Das Ergebnis ist: Adler 25 248, Prochazka 26 555 Stimmen. Wir gewannen gegen 1897 6100, die Gegner nur 1400 Stimmen. Dieser Stimmenzuwachs hat eine allgemeine Genehmigung hervorgerufen und läßt den Ausfall der Wahl trotz der Niederlage als einen großen moralischen Erfolg erscheinen.

Wien, 7. Januar. (B. Z. V.) Bei den heutigen Reichrats-Stichwahlen wurde in Krems Doeh (deutsch-sorbisch) gegen Dr. Gschmann (christlichsocial) gewählt, in Brünn siegte der Socialdemokrat Joseph Dybes. In Tirol wurde in Trient ein national-liberaler Italiener, in Innsbruck ein Deutschkonservativer gewählt; in Vorarlberg wurde der christlichsocial Abgeordnete wiedergewählt. Die Großgrundbesitzer-Kurie in Krain wählte zwei Deutschliberale.

Hannover, 7. Januar. (B. Z. V.) Gestern nachmittag wurde in der hiesigen Blindenanstalt in der Kirchroderstraße die acht Jahre alte erblinde Wilhelmine Hellmann in verholtem Zustande als Leiche aufgefunden. Das Kind war der Ferkung des Heus zu nahe gekommen, wobei die Kleider Feuer fingen.

Kaisau, 7. Januar. (B. Z. V.) Bei Abang-Tzants wurden drei junge Mädchen, die zur Kirche gingen, erstochen aufgefunden; auch in anderen Orten des Komitats erstochen mehrere Personen.

Petersburg, 7. Januar. (B. Z. V.) Der mit fieberhafter Erregung erwartete offizielle Bericht über verdächtige Erkrankungen im Gouvernement Astrachan giebt inbistret das Befehlen der Pest zu. Die Quarantainemaßregeln sind so streng, daß, wer den Pest auf das infizierte Gebiet geleht hat, nicht mehr zurückgelassen wird. Eltern, Brüder oder Schwestern, die sich zu gesellschaftlichen Zwecken außerhalb des Bordons begeben, werden unbarbarisch von ihren Angehörigen getrennt. Reisende werden auf der Fahrt angehalten und einer Observation unterworfen. Die Maßnahmen sind zwar sehr streng, dürften aber den Zweck erreichen.

Paris, 7. Januar. (B. Z. V.) Der seit gestern hier herrschenden strengen Kälte sind bereits 9 Menschen zum Opfer gefallen. Die meisten von ihnen starben auf offener Straße infolge von Lungen- und Hirnkonjestionen.

Rom, 7. Januar. (B. Z. V.) Nach hier aus Abessinien eingelaufenen Nachrichten herrscht auch dort große Kälte, die Temperatur beträgt 2 Grad unter Null.

La Roche, 7. Januar. (B. Z. V.) Der Kom-Explosion ist bei Villeneuve in der Nähe von Paris entgleist. Personen sind nicht verletzt worden.

Kapstadt, 7. Januar. (Meldung des „Neuterischen Bureau.“) Der Herausgeber des Blatts „Onland“ ist unter der Auflage der Veröffentlichung einer aufrethretischen Schrift verhaftet worden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hält heute abend 7/8 Uhr zwei Mitglieder-Versammlungen ab, und zwar in Bernau...

Alle Zuschriften, den Vorstand betreffend, sind an Karl Jahrow, Neue Hochstr. 35 I, zu richten.

Heinickendorf. Ueber das Thema „Her mit dem Recht!“ spricht Stadthagen Donnerstag in einer bei Engel, Eichbornstr. 68, stattfindenden Volksversammlung. Zur Deckung der Unkosten werden 10 Pf. Eintrittsgeld erhoben. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgebung hält am Dienstag abends 8 1/2 Uhr bei Gerth, Tempelhof, Dorfstraße, eine Generalversammlung ab. Außer einem Vortrag des Genossen Fr. J. u. e. il über „Wohnungsnot und Kohlenwucher“ stehen noch Bericht des Vorstands und Rennwahl desselben auf Tagesordnung.

Lokales.

Die Maßregeln der Stadt gegen die Wohnungsnot.

Der Stadtverordneten-Ausschuss zur Vorbereitung des Antrags Singer betreffend die Wohnungsnot, sowie der Magistratsvorlage betreffend die „König Friedrich-Stiftung“ hat sich, wie schon gemeldet, in zwei Sitzungen am 17. Dezember und am 2. Januar zunächst mit dem zweiten, nebenwärtigen Teil seiner Aufgabe beschäftigt...

Die großen Berliner Warenhäuser haben sich in den letzten Monaten vor Weihnachten ein neues, sehr charakteristisches Feld der Wirksamkeit erobert. Sie beginnen sich zu Warenlieferanten auch für aßerhand in ihrer näheren oder ferneren Nachbarschaft gelegene mittlere und kleine Spezialgeschäfte zu entwickeln.

auch heute schon daran von neuem die unendliche wirtschaftliche Naturgewalt zu erkennen, die sich nunmehr nicht mehr damit begnügt, den Detailhandel zu konzentrieren und zu monopolisieren, sondern auch den Großisten zu Leibe gehen, um auch sie schrittweise zu expropriieren.

Herr Stadtschulrat Dr. Vertram hat nunmehr außer dem Berliner Ehrenbürgerrecht zum Abchied auch noch eine königlich preussische Ehrengabe erhalten. Es ist ihm nämlich ein roter Adlerorden der dritten Klasse mit der Schleife verliehen worden.

Statistisches von der Berliner Gerechtigkeit. Nach dem amtlichen Geschäftsplan des Landgerichts Berlin I für das Jahr 1901 hat sich die Zahl der Direktoren seit dem letzten Jahre um 1 vermehrt. Es sind jetzt etatsmäßig angestellt: 1 Präsident, 35 (bisher 34) Direktoren und 120 (118) Richter.

August der Starke. Herr August Edel soll, der „Welt am Montag“ zufolge, der Oberstaatsanwaltschaft in Berlin folgenden Vorschlag unterbreitet haben: er wolle für jeden Zusatz der preussischen Strafanstalten ein gebundenes Exemplar der „Woche“ zur Verfügung stellen, wenn ihm dafür die Erlaubnis erteilt würde, die ihm interessant erscheinenden Strafgefangenen für die „Woche“-photographieren zu lassen.

Der Fiskus und die Kunst. Die Hochschule für Musik, Potsdamerstr. 120, die bekanntlich am 1. Oktober d. J. nach Charlottenburg verlegt wird, ist mit dem gesamten umliegenden Terrain und Nebengebäuden, die eine Bodenfläche von 11 000 Quadratmetern umfassen, von dem bisherigen Eigentümer, dem Fiskus, an Herrn Emil Schippanowski verkauft worden.

Die „Große“ zeigt sich in ihrer Weise dankbar dafür, daß die Kommunalbehörden ihr bisher mit Konzessionen eifrig entgegengekommen sind. Bekanntlich ist auch die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft durch den Vertrag in den Besitz der Großen übergegangen. Die Große ist auf den Linien, welche früher von der Charlottenburger Gesellschaft befahren wurden, natürlich auch zur Einführung des Zehnpfennigtarifs verpflichtet.

Ueber eine Betriebsstörung auf der Anhalter Bahn wird von amtlicher Seite gemeldet: Infolge der Entgleisung einer Maschine vor der Bahnhofshalle des Anhalter Bahnhofs konnten am Sonnabendabend die in der Halle zur Abfahrt bereitstehenden Züge, Schnellzug 11⁰⁰ Uhr nach Dresden, Personenzug 11⁰⁰ Uhr nach Leipzig, Personenzug 11⁰⁰ Uhr nach Döbeln und Personenzug 12⁰⁰ Uhr nach Frankfurt nicht ausfahren.

Ein trauriges Schicksal ist der Gattin des Giftmörders vom Teufelsberg, Frau Elise Jänide, zu teil geworden. An den Weihnachtsfeiertagen begab sie sich nach Perleberg, wo sie bei einer ihr bekannten Familie sich einlogierte. Bald fiel es auf, daß die J. von einer Drogerie zur anderen lief und ein schnell wirkendes Gift verlangte, was ihr natürlich nicht verabsolgt wurde.

Ein hervorragendes Mitglied der Berliner Universität, der Geheimrat Dr. Ed., ist Sonntag im Alter von 62 Jahren einem Herzleiden erlegen.

Der Winter ist milder geworden. Gestern morgen um 9 Uhr zeigte das Thermometer noch 11 Grad Kälte an. Dann trat gelinder Schneefall ein und es begannen lindere Lüste zu wehen, so daß am Nachmittag die Temperatur auf 5 Grad unter Null stieg.

In einem Weinrestaurant erschossen hat sich in der Nacht zum Sonntag ein Kaufmann Paul Simonson aus Ebersfeld, ein junger Mann von 25 Jahren. Simonson kam Mitte voriger Woche von Ebersfeld hierher und wohnte in einem Hotel der Mittelstraße. Vorgersten ging der junge Mann in ein Weinrestaurant der Leipzigerstraße, oh gut und trank mehrere Flaschen Wein.

Zweiradbetriebe. Nach statistischen Erhebungen über die Zahl der beschäftigten Gesellen und Lehrlinge in dem Bezirk der Berliner Handwerkskammer sind im ganzen bei 55 718 Meistern 74 206 Gesellen und 20 928 Lehrlinge vorhanden. Auf die einzelnen Betriebe kommen somit 1,33 Gesellen und 0,33 Lehrlinge.

Ein moderner Unternehmer. Am Sonntag berichteten wir über den Unglücksfall, der sich infolge des Fehlens von Schutzvorrichtungen in der Waschanstalt von Julius Haack, Neue Königstraße 84, ereignet hat. Heute wird uns mitgeteilt, daß zwar den Arbeiterinnen immer noch nicht die erwünschte Gelegenheit gegeben ist, sich über das Verschulden, das den Unternehmer trifft, zu äußern, wohl aber, daß der Unternehmer die Wäscherin Frau Elisabeth P., die er völlig irtümlich als Urheberin der Verunstlichung angesehen scheint, entlassen hat!

Zahlreiche Einbrecher wurden in den letzten Tagen von der Kriminalpolizei festgenommen und nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht. Ein Schuhmacher Max Wetze, der für sich allein arbeitete und schon mehrfach Erfolg gehabt hatte, wurde auf früherer Arbeit bei einem Einbruch ertappt. Ein Metallbrüder Johannes Besold und ein Drechsler Max Möbus gingen gemeinsam vor und sind beide schon bestraft.

Proletariatsort. Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich in einem Anfall einer Nervenkrankheit, an der er schon länger litt, der 35 Jahre alte Tischler Wilhelm Richter aus der Dunderstr. 85 das Leben genommen. Der Mann war durch sein Leiden arbeitsunfähig geworden. Als vorgestern vormittag von seinem Arbeitsgenossen, mit denen er zusammen wohnte, niemand zu Hause war, sprang er in der Verzweiflung aus dem vierten Stock zum Fenster hinaus und zog sich außer schweren inneren Verletzungen einen Bruch der Wirbelsäule zu.

Starke Brandwunden erlitt Sonntagabend der Kellner Julius Weitz aus der Straßburgerstr. 4, gelegentlich eines Zimmerbrandes. Durch einen brennenden Christbaum hatten Gardienen und Möbel Feuer gefangen und bei dem Bemühen, die Flammen zu löschen, zog er sich schwere Brandwunden im Gesicht und an den Händen zu. Nachdem ihn die Samariter der Feuerwehr verbunden hatten, mußte er sich in ärztliche Pflege begeben. Der Brand konnte nach schnell gedämpft werden. — Auch der Sonntag brachte wieder zahlreiche Alarmerungen, doch hatte die Wehr in keinem einzigen Fall Wasser zu geben. Dagegen hatte sie Sonntagvormittag fast drei Stunden in der Sebastiansstr. 76 zu thun, um in einer Fabrik das Balkenlager anzuzureihen, das von schmelzendem Feuer ergriffen war.

Ein großer Fabrikbrand kam am Montagabend 7 Uhr in der Fabrik für Treppengeländer von Lüssens u. Bruns, Greifswalderstraße 85, zum Ausbruch. Das Feuer entstand in dem portiere belegenen Kesselhaus und erlosch hier einen großen Posten Holz, worauf die Flammen durch die Transmissionschwächte nach der ersten und zweiten Etage überzogen. Bei Anbruch des ersten Lösungsversuchs war der Brandherd schon sehr ausgedehnt, und da eine Gefahr für die Nachbargebäude befürchtet wurde, erließ Brandmeister Baumann die Meldung „Mittelfeuer“, so daß noch mehrere Löszüge, darunter auch die Dampfpege der Hauptwache, heranzitierten. Da der vom Feuer umgebene Kessel noch unter vollem Druke lag, galt es zuerst, den Dampf abzulassen, um eine Kesselexplosion zu verhüten. Während dieser Zeit drangen Wehrleute über Gatenleitern nach den oberen Etagen vor, was bei der vorhandenen Verquämung sehr erschwert war. Es gelang jedoch, das Feuer innerhalb 1 1/2 Stunden zu dämpfen. Ein Feuerwehmann entging nur mit knapper Not einem Abtunze. Er befand sich im zweiten Stock, als er plötzlich den Boden unter den Füßen verlor. Glücklicherweise ergriff er noch ein Holz, an dem er sich festhalten konnte, um dann durch einen kühnen Sprung wieder auf die Weine zu kommen. Die beiden Etagen des Fabrikgebäudes sind ausgebrannt und ist der verursachte Schaden erheblich.



Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46, 47, 48, 49 — Krausenstrasse 46, 47, 48, 49.

Schneiderinnen — rührigen Hausfrauen

wird Gelegenheit zu Sondervorteilen geboten! —

Bis auf Weiteres verkaufen wir

Artikel zur Schneiderei

Kurzwaaren

Futterstoffe

Posamenten

Mousselin Chiffon — Crêpe de chine

Knöpfe

Bänder

Spitzen

zu —————> **speziell herabgesetzten Preisen**

ABER —————> **NUR von 8-11 Uhr Vorm.**

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenkasse.

Eigene Werkstatt.
Lieferant [5238*]
für Orts- und Hüft-Krankenkassen.
Berlin C.

30. Finien-Strasse 30.

Marly-Schrot

feinster
Kaffeezusatz.

Giebt dem Kaffee eine vorzügliche Farbe u. reinen kräftigen Geschmack.

— 1/2 Pfl. Original-Pack 15 Pf. —

Deutsche Kaffee-Rösterei
A. Pennitz,
Berlin C., Rosenthalerstr. 50
und in den
mit Placat versehenen Handlungen.

Zähne 2 M.,

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen
1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich
1 M. Alfred Apenburg, Invalidenstrasse 33.
Nähe Stettiner Bahn. Spr. 9-7. Reparatur sofort. [4562*]



**BERLINER
PFERDE-
LOTTERIE**
Ziehung am
11. Januar 1907.
100000
Los 21 M. 15 Stück 10 M.
Porto u. Liste 25 Pfa.
Carl Heintze
BERLIN W.
Unter den Linden 3.

[4562*]



Charlottenburg!

Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.

Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [483L*]

Mühlhauser Geld-Lotterie

in Thüringen zur Wiederherstellung der Marienkirche.
17597 Gewinne im Betrage von
473.000 Mark.

Die Hauptgewinne sind
100.000-50.000-20.000-10.000 Mk. etc.

Original-Lose a 3,30 Mk. (Porto u. Liste 30 Pf.
extra) empfohlen und versenden auch gegen Nach-
nahme, Coupons und Briefmarken

Neubauer & Co. Bank- Geschäft Berlin W.,
Friedrichstr. 198/199,
Ecke Krausenstr.

Telegr.-Adr.: Millionensocke.

Zähne 2 M.,

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahn-
ziehen 1 Mk. Plomben 1,50 Mk. Teilzahlung wöchentl.
1 Mk. Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7. *



Masken-Garderobe

von 5542*
Carl Ernst,
Köpnickerstr. 1261,
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Beweis dieser Annonce
erb. 10 Bros. Preisermäßig.

Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.

Bereits-Kranz, Palmen- u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Girlanden
u. m. werden fein u. preiswert geliefert.



Masken-Garderobe.

Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Bereine Preisermäßigung.

Fr. Panknin,
Cranienstr. Nr. 178
II. Wabersstr. 91.
Ede Cranienstr.

François Leçons 0,75. Professeur
Parisien Pommeret, Breitestr. 19.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Friedrichstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Elegante vorjährige Herrenhosen,
feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf
Samstag und Sonntag. Versand-
haus Germania, Unter den Linden 21 II.

Gardinenhaus Große Frankfurter-
str. 9, parterre. 39*

Betten, Steppdecken, Gardinen
preisbillig Verkauf Reanderstr. 6.

Teppiche, Tischdecken, Remontier-
uhren, Regulatoren, preisbillig Ver-
kauf Reanderstr. 6. 46/20

Teppiche mit Gardinen, Remontier-
uhren, Regulatoren, preisbillig Ver-
kauf Reanderstr. 6. 39*

Berichte mit Diatrage für 26 R.
verkauft Funk, Charlottenburg, Ber-
linerstr. 109. 1182*

Musikwerke, Violinen, Gitarren,
Saiten, Bithorn, Saiten; auch
Teilzahlung. Sparfeld, Verleberger-
str. 50. 1182*

Nähmaschinen (sämtlicher Systeme
ohne Anzahlung, Woche 1 Mark,
Lieferant sofort Wolff, Westuferstr. 2b,
Coblenz. 1182*

Gute Nähmaschine billig zu ver-
kaufen. Bogt, Adersstr. 4a. 11900b

Nähmaschinen beste deutsche Ware, ohne Anzahlung. Woche 1 Mark, freier Unterricht, Langschiffchen, Ring- schiffchen, Rundschiff, Schneidnager, Nähmaschinen-Gesellschaft Altdorf, Ber- linerstr. 84, nahe Hermannplatz. *

Nähmaschinen aller Systeme ver-
kauft Wuhau Schmidt, Alexandrinen-
str. 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Wadronen, gebrauchte, mit Stahl-
licht, fetts auf Lager, billigste Preise.
Carl Kaufmann, Wollenhofstr. 17
bis 19, am Grummplatz. 47/15*

Waiskräftiger, blutbildend für
Blutarme, Brustkränke, Schwächliche,
Gewichtszunahme, bessere Gesichts-
farbe, überraschend, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 erhaltene.
Nicht Glasenzahl, Qualität ent-
scheidet. Forterkreier Ringier
Vermauerstr. 119. 88/3*

Steppdecken am billigsten Fabrik
Große Frankfurterstr. 9, parterre.

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik. Jodson, Nie-
lotodstr. 24. Mittwoch, 9. Januar,
neuer Abendkurs. Gründliche theo-
retische und praktische Ausbildung.
Anmeldung täglich. 1847b

Watenauwall Dammann, Cran-
ienstr. 67, Florisplatz. Erfindern
lohnentzerr Not abends bis neun.

Unfallkassen: Charlottenburg,
Fehlalagstr. 39, vom II. rechts.

Unfallkassen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen. Bugger, Steglitzer-
str. 65. 1554b*

Rechtsbureau Hüblich, Andread-
str. 63 (neben Concordiastraße). Ge-
wissenhafter Rechtsbeistand. 11908b

Widifikation! Wer sich über diese
ruchlose Grausamkeit unserer Zeit
unterrichtern will, verlange die Flug-
blätter des Weltbundes gegen Bini-
fektion, welche unentgeltlich versendet
werden vom Tierkundlerverein Berlin,
Königsgrabenstr. 108. Um gütigen
Absand wird gebeten. Arbeitervereine,
welche in ihren Versammlungen Vor-
träge wünschen über Bini-fektion,
wollen sich um Referenten an die-
selbe Adresse wenden. 1225b

Kunstspiegelerei von Frau Rosolka,
Steinmetzstr. 48.

Wer Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge: mit Futterstoffen 15, ohne
Stoff 30 Mark. Wagner, Schneider-
meister, Frankfurterstr. 59, III. Bitte
Ramen beachten! 1830b

Buchbinder-Arbeit jeder Art
fertigt Ferdinand Kleinert, W. Säulen-
str. 66, 2. Hof parterre. 2387b

Saal und Vereinszimmer empfehle
Jannasch, Anielstr. 10. 1206b*

Vereinszimmer frei, Vabewig,
Kommunbantenstr. 65. 2882*

Vereinszimmer, neu eingerichtet,
mit Piano, empfiehlt Schmidt,
Stromstr. 42. 1142*

Vereinszimmer, großes, schön-
bergerstr. 24. 1878b

Großes Vereinszimmer einige
Tage in der Woche zu vergeben.
F. Sachse, Lindowstr. 26. 1434b

Vereinszimmer Simonstr. 23
Mitt. 444k*

Vereinszimmer zu vergeben,
50-100 Personen, bei Jankowski,
Wartstr. 18. 139*

Vermietungen.

Leere Stube oder auch als Schlaf-
stube vermietet Runge, Schwedter-
str. 42, Seitenflügel. 172*

Schlafstube für einen Herrn Holl-
mannstr. 6 Hof Quergebäude II.
Reger. 1809b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Rüchtern Familienvater wünscht
Arbeit irgend welcher Art. Frau 14
Wochen, Mann 9 Wochen krank, jetzt
ohne Arbeit. Dem Kollegen sehr dank-
bar, der mir zur Arbeit verhilft.
Offerten A. Kst., Postamt 82.

Ein junger Mann möchte Hand-
sagen schneiden erlernen. Falken-
str. 36, vom I. 1902b

Blinder Stahlrechter bittet um
Arbeit. Stühle werden gut geflochten,
dieselben werden abgeholt und zurück-
geliefert. Wäfer, Dulastr. 27.

Stellenangebote.

Goldarbeiter gesucht Goldbleich-
fabrik Plegnitzerstr. 15. 115*

Goldarbeiter verlangt G. Hebes,
Goldbleichfabrik, Cranienstr. 183.

Tüchtigen Reiter an eine Plan-
scheibenmaschine sucht Werkmeister,
Brunnenstr. 194. 1907b

Arbeiterinnen auf Capes und
Köde. Tafel, Schönleinstr. 7 II.
Parf. 1906b

Tüchtige Arbeiterinnen auf Kohlen-
anständer gesucht Helm u. Weyel,
Reinickendorf, Residenzstr. 41.

Kartonarbeiterinnen, grüße,
finden dauernde Beschäftigung,
Greifenhagen, Stollschreiberstr. 55.

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Ausländische Lackfabrik

Leichter oder Vorarbeiter,
der mit der Fabrikation durchaus
Befcheid weiß. Off. sub H. Z. 6020
beisitzt Rudolf Mosse, Hamburg.

Achtung! Achtung!

Parkettbodenleger!
Folgende Firma ist geipert:
Wörth, Gassen. Vorleit-Fabrik.
Die Kommission.

Achtung Theaterarbeiter!

Der Streik im Friedrich-Wilhelm-
städtischen Theater besteht weiter.
Dasselbe ist somit nach wie vor ge-
sperrt bis auf weiteres. 287/10*

Der Vorstand
des Verbandes des technischen
Bühnenpersonals.

Achtung! Achtung!

Stuccateure!

Bei der Firma Jüdel haben sämt-
liche Kollegen auf Grund des Aus-
gebots, Accord zu arbeiten, die
Arbeit niedergelegt. Bitte ist streng
fern zu halten. Die Bauteile der
Firma sind:

Liegenburgerstraße, Ede Reinede-
str. 11: Bau Goldmann.
Reinede- 11: Bau Goldmann.
Reinede- 11: Ede Ruffen-
Damm: Bau Adrecht.
Friedrich-Damm 200: Bau Frengel.
Friedrich-Damm 200: Bau Frengel.
Friedrich-Damm 200: Bau Frengel.
Friedrich-Damm 200: Bau Frengel.

Die Lohnkommission.